



Foto: Michael Ruff

Den Rest erledigt der Handwerker: Nach einer Umbenennungs-Debatte wurde 2006 aus der Hermann-Hofmeister-Straße in Itzehoe die Dietrich-Bonhoeffer-Straße

# FORUM: Straßenumbenennungen

## Geschichte trifft Gegenwart

### Entsorgen oder kommentieren? Vom Umgang mit ideologisch problematischen Namen im öffentlichen Raum

Bilder und Schilder – damit setzen sich in jüngerer Vergangenheit zunehmend intensiv engagierte Bürger in den Orten und Städten Schleswig-Holsteins, aber auch darüber hinaus auseinander. Bilder von Bürgermeistern oder Landräten, die in der NS-Zeit Amtsinhaber waren, und Schilder von Straßen und öffentlichen Einrichtungen, die die Namen einstmaliger aktiver Nazis tragen. Beide werden zu Steinen des Anstoßes.

Wenn die Geschichte in Form von Wissen über die ideologische Verstrickung der Namensgeber auf die Gegenwart trifft, sind Konsequenzen unausweichlich. Die Bilder in den Galerien werden entweder entfernt oder kommentiert. Schwieriger die Frage der Namen von Straßen, Plätzen, Schulen und dergleichen – die lassen sich nicht so einfach ändern. Aber sie setzen Diskurse in Gang, und die laufen, wie wir mit den Beispielfällen in diesem Forum zeigen, oft nach einem vergleichbaren Muster ab.

Fast immer löst die Konfrontation mit NS-ideologischen Verwicklungen – das Hereinbrechen der ethisch abzulehnenden Vergangenheit in den vertrauten Nahraum des eigenen Wohnortes – Hilflosigkeit aus. Und Ablehnung. Da kommen Menschen von außen mit ideologischen Vorwürfen und fordern die Umbenennung einer Straße. Die Anlieger – fast ausnahmslos befangen – fühlen sich in eine Verteidigungshaltung gedrängt, und nur mit großem Aufwand können die Kommunen eine Lösung herbeiführen. Steht eine Umbenennung am Ende des Diskurses, bleiben oftmals verbitterte Menschen zurück (nur bei Institutionen wie z.B. Schulen werden die Namensdebatten oft schnell und einvernehmlich geführt).

Um die Grundmechanismen der Dispute und nötig werdende Korrekturen zu verdeutlichen, rekonstruieren wir unterschiedliche Umbenennungen der letzten Jahre. Im Fall des Schriftstellers Gustav Frenssen haben die früh begonnenen Diskurse mit Pausen 30 Jahre gedauert, ehe die Geschichte in der Gegenwart angekommen ist. Und sie alle zeigen, wie schwierig Aufklärung und kollektive Meinungsbildung sein können.

## Die guten Nazis vom Eichhörnchenplatz, oder: Domino spielen mit Gustav Frenssen Wie belastete Namen von Straßenschildern verschwinden

„Warum kommt man erst jetzt  
darauf, die Namen zu ändern? Das ist  
doch der eigentliche Skandal.“<sup>1</sup>

Fritz Rörig. Johannes Klöcking. Philipp Eduard Anton Lenard. Hans Erich Pfitzner. Günther Quandt. Hermann Böhrnsen. Hermann Hofmeister. Günther Rüdell. Heinrich Hornig. Franz Böttger. Gustav Friedrich Meyer. Paul von Hindenburg

Namen, die heute fast niemandem etwas sagen, selbst nicht dem historisch Bewanderten. Sie waren Lehrer, Kaufleute, Wissenschaftler, Heimatforscher. Schriftsteller, Ärzte, Politiker, Soldaten. Männer, die verschiedenen Stadt- und Kommunalverwaltungen alles von Kopfzerbrechen über langwierige Streitigkeiten bis zu Gerichtsverfahren bescherten – völlig passiv und posthum, einfach, weil in Schleswig-Holstein mit ihren Namen Straßen, Plätze und öffentliche Orte benannt sind. Und weil sie – zumeist in der NS-Zeit – eine unrühmliche Rolle gespielt haben.<sup>2</sup>

1. Protest gegen neue Straßennamen. In: *Lübecker Nachrichten* 18.7.2014. Siehe Pressespiegel, S. 286.

2. Fritz Rörig (1882–1952), Historiker, propagierte ein völkisch-rassistisches Hansebild, Straße in Lübeck-Israelsdorf. – Johannes Klöcking (1883–1951), Heimatforscher und Lehrer, veröffentlichte „entjudete“ Händel-Oratorien, Straße in Lübeck-Israelsdorf. Philipp Eduard Anton Lenard (1862–1947), Wortführer einer „deutschen, arischen Physik“, Straße in Lübeck-Karlshof. – Hans Erich Pfitzner (1869–1949), Komponist und Autor antisemitischer politischer Schriften, Straße in Lübeck-St.-Lorenz Nord (Straßen sollen umbenannt werden. In: *Lübecker Nachrichten* 13.7.2014, vgl. Pressespiegel, S. 283). – Günther Quandt (1881–1954), Rüstungsfabrikant, Wehrwirtschaftsführer, beschäftigte Zwangsarbeiter; Platz in Lübeck-Schlutup, Umbenennung 2011 (Bürger wollen Platz nach KZ-Opfern benennen. In: *Lübecker Nachrichten* 23.2.2010, auch ISHZ 52/53 (2010/2011), S. 158-159, 160-161, 228-229). – Hermann Böhrnsen (1900–1976), Tischlermeister, 1952 bis 1967 schleswig-holsteinischer Wirtschaftsminister, als Geschäftsführer der „Kampfgruppe für deutsche Kultur“ 1933 an der Bücherverbrennung in Rendsburg beteiligt, Rendsburger Nordkolleg, Name 2013 entfernt (Nordkolleg: Kein Platz für Böhrnsen. In: *Kieler Nachrichten* 8.6.2013, auch ISHZ 54 (2013), S. 235). – Hermann Hofmeister (1878–1936), Archäologe, Antisemit, „Theoretiker“ der NS-Geschichtsideologie, Straße in Itzehoe, 2006 umbenannt (Der Mann, der Steinburg zum „Heldengau“ machte. In: *Norddeutsche Rundschau* (Itzehoe) 17.10.2005, auch ISHZ 46 (2006), S. 158-159, vgl. auch S. 150). – Günther Rüdell (1883–1950), Generaloberst der Luftwaffe, Beisitzer im Volksgerichtshof, Kaserne in Rendsburg, 2000 umbenannt (Späte Würdigung für einen Juden-Retter. In: *Husumer Nachrichten* 9.5.2000, auch ISHZ 38 (2000), S. 138). –

## Unmut – und Mut

Dass immer wieder und immer häufiger Unmut mit den bestehenden (Namens-)Verhältnissen aufkommt, belegen die intensiven, mittlerweile vielerorts geführten Diskussionen um Paul von Hindenburg. Und wenn ein Namensgeber in einer Stadt in Ungnade fällt, wird es für ihn – fast wie in einem Domino-Effekt – auch in anderen Kommunen schwieriger, sich auf den Straßenschildern zu behaupten. Die nach langem Ringen erfolgten Umbenennungen von Hindenburgplatz in Schleswig, Hindenburgufer in Kiel und Hindenburgstraße in Hamburg waren in Bezug auf den Generalfeldmarschall und Reichspräsidenten erst der Anfang.<sup>3</sup> Auch beim Schriftsteller Gustav Frenssen – dessen öffentliche Wahrnehmung sich vom beachaulichen Heimatdichter zum NS-Ideologen verändert hat – war klar, dass irgendwann alle Frenssen-Straßen neue Namen bekommen würden. Auch wenn erste Ansätze dazu schon mehr als 30 Jahre zurückliegen.<sup>4</sup>

Doch es braucht schon Mut, wenn ein Umbenennungsbegehren tatsächlich erfolgreich umgesetzt werden soll. Denn Widerstand seitens „Betroffener“ ist stets sicher, auch wenn es, mit halbwegs unverstelltem Augenmaß betrachtet, kein schweres Schicksal ist, von einer Straßenumbenennung „betroffen“ zu sein. In den meisten Fällen gerät die Umbenennung – ist sie erst einmal beschlossen und mit den Anliegern der entsprechenden Straßen oder Plätze (aus-)diskutiert – dann zu einem nüchternen Verwaltungsakt. Doch spannenderweise lässt sich an Prozessen wie Ergebnissen oft erkennen, wie überzeugt oder vielleicht doch nur halbherzig der beanstandete Name durch einen anderen ersetzt wird.

Besonders Hamburg hat hier aufschlussreiche Beispiele geliefert: Die Hindenburgstraße, die quer durch den Stadtpark verläuft, wurde nur in jenem mittleren Teil in Otto-Wels-Straße umbenannt, an dem es keine Anlieger gibt. Ergo auch keine direkte „Betroffenen“-Debatte. Ein Verhalten, das fast zur selben Zeit gleich noch einmal exerziert wurde: Als die öffentliche Forderung laut wurde, Straßen nach den Opfern der Mordanschläge des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ zu benennen, fiel in

Heinrich Hornig (1876–1958), Heimatdichter, publizierte plattdeutsche NS-Propagandagedichte, Straße in Itzehoe, 2002 umbenannt (Heinrich Hornig – Streit um einen Straßennamen. In: ISHZ 36 (1999) S. 104-106, auch ISHZ 37 (2000), S. 81-83, ISHZ 40 (2002), S. 92-93). – Franz Böttger (1882–1963), nationalsozialistischer Schulrektor, Schule Heiligenhafen, 2011 umbenannt (Schule in Heiligenhafen ist nach einem Nazi benannt. In: *Lübecker Nachrichten* 2.4.2011, auch ISHZ 52/53 (2010/2011), S. 216). – Gustav Friedrich Meyer (1878–1945), Volkskundler, NS-Aktivist, Rassist; Schule in Kiel-Gaarden, 2009 umbenannt (Neuer Name wegen brauner Vergangenheit. In: *Kieler Nachrichten* 1.6.2009, auch ISHZ 51 (2009), S. 194).  
3. Zu den Positionen und Diskursen um Hindenburgstraße in Hamburg und Hindenburgufer in Kiel vgl. zahlreiche Artikel im Pressespiegel der ISHZ 52/53 (2010/2011) und 54 (2013).  
4. Vgl. den Beitrag von Dietrich Stein im vorliegenden Heft ab S. 165.

der Hansestadt die Entscheidung pro Süleyman-Tasköprü-Straße gegen die Kohlentwiete – eine einfache, weil von vornherein unproblematische Wahl, denn es gibt in dieser kurzen, unscheinbaren Straße nur zwei ansässige Firmen. Die Schützenstraße im Stadtteil Ottensen – in der der Mord geschah – umzubenennen, wurde aus Furcht vor dem Widerspruch der Anlieger nicht ernsthaft erwogen.<sup>5</sup> Überzeugender und ein eindrucksvolles Statement wäre es gewesen, den am 27. Juni 2001 Ermordeten durch die Benennung einer repräsentativen Straße zu würdigen. Eigentlich hätte sich dafür doch die Hindenburg-Straße perfekt angeboten – auf ganzer Länge.

Ganz besonders in Falle von Straßenumbenennungen ist es vielsagend, wenn man Worte und Taten miteinander vergleicht. Andere Kommunen sind da weit mutiger und gehen konsequenter vor.

### Schwierige Alternativen

Auch in vielen anderen Städten führte der Umbenennungs-Beschluss zu unerwarteten, ja zuweilen unerkannten Problemen: Der Gustav-Frensen-Weg in St. Peter-Ording heißt seit 1999 als Resultat einer dreieinhalbjährigen Auseinandersetzung auf Wunsch der Anlieger Gorch-Fock-Weg – der neue Namensgeber gilt unter kritischen Literaturkennern allerdings auch als zumindest chauvinistisch-nationalistisch und ist mit agitatorischer Kriesslyrik hervorgetreten.<sup>6</sup> Anlieger zu sein, bedeutet eben nicht, dass man Experte für den bestehenden oder den neu zu findenden Namen ist.

Und Meldorf wand sich kürzlich aus der Affäre, indem aus dem Gustav-Frensen-Weg kurzerhand ein Siegfried-Lenz-Weg gemacht wurde. Als neue Namensgeberin aber – wie in der vorausgegangenen öffentlichen Debatte vorgeschlagen – das im Rahmen der „Euthanasie“ getötete Dithmarscher Mädchen Heinke Hoffmann zu nehmen, dazu reichte offenbar die Courage nicht. Gut, mag man polemisch anfügen, dass der allseits beliebte und vordergründig unpolitische Siegfried Lenz grad‘ zur passenden Zeit das Zeitliche segnete (und eine verheimlichte SS-Mitgliedschaft – wie bei Günter Grass – ist bei ihm nicht zu erwarten). Doch dieses Schielen nach dem Konsens war vor allem ein Griff nach dem Strohalm und verhalf der Stadt Meldorf zu dem unschönen Ruf, kurz vor Erreichen des Ziels denn doch aufgegeben zu haben.

Recht betrachtet ist der Austausch des Namens Gustav Frensen gegen den von Siegfried Lenz kaum mehr als eine Frechheit, denn es galt ja nicht, frei von jeglicher Vorgeschichte den Hamburger Autor zu ehren, sondern in einem Konfliktfall eine Vermeidungslösung zu finden, die sowohl die Frens-

5. Eine Straße umbenennen und die Akte schließen. In: *Die Zeit* 25.6.2014.

6. Siehe verschiedene Beiträge bei Friedrich W. Michelsen (Hg.), Gorch Fock. Werk und Wirkung. Hamburg 1984.

sen-Gegner zufrieden stellen als auch die Alternative ausschließen sollte, die Straße nach einer ermordeten Behinderten zu benennen. Na, immerhin hat man dem Mädchen posthum die Peinlichkeit erspart, dass möglicherweise gegen sie als Namensgeberin protestiert worden wäre. Wohl selten kam der Tod eines angesehenen Autors so gelegen wie hier.

Fälle wie diese legen den Gedanken nahe, dass auch für Verwaltungen die Umbenennungsbegehren eher störende Zwischenfälle sein können, die man möglichst schnell abwickelt und deshalb zu Namen greift, die allen genehm sein sollen. Nur keine vermeidbaren Widerstände wecken? Wasch mir den Pelz, aber mach' mich nicht nass ...

### **Problemlösung mittels Schriftschrimpung**

Diese Strategie der Trocken-Wäsche führt zu – gar nicht seltenen – kuriosen Lösungen. So aktuell auch im kirchlichen Sektor: Nachdem der ehemalige Bischof Wilhelm Halfmann aufgrund seiner mehrfach dokumentierten und bis zu seinem Tod 1964 anhaltenden Judenfeindlichkeit zunehmend kritisch gesehen wird, stand der nach ihm benannte Saal in der Tagungs- und Begegnungsstätte Fichtenhof des Landesvereins für Innere Mission in Rickling zur Umbenennung an. Obwohl sich viele Kirchenvertreter mit Händen und Füßen dagegen wehrten, fiel unter dem Einfluss der Mitarbeiter des Landesverbands doch ein Umbenennungs-Entschluss.

Der aber das Kunststück vollbringt, Änderungswillen und Beharrlichkeit gleichermaßen zu belohnen. Der Saal soll künftig Fichtenhof-Saal heißen – mit dem Zusatz „vormals Bischof-Halfmann-Saal“.<sup>7</sup> Wäre es da nicht ehrlicher gewesen, gleich „Bischof-Halfmann-Saal-dürfen-wir-nicht-mehr-sagen-darum-heißt-das-hier-nun-Fichtenhof-Saal-aber-es-ist-okay-wenn-man-es-wie-vormals-nur-mit-den-drei-letzten-Wörtern-benennt“ zu schreiben? Oder äquivalent: „Gustav-Frenssen-Weg-darf-das-hier-ja-nicht-mehr-heißen-aber-Heinke-Hoffmann-mochte-auch-niemand-darum-nennen-wir-es-jetzt-Siegfried-Lenz-Weg“?

Der offensichtliche Trick, der Änderung und Beharren zugleich möglich macht: Man benennt nur in großer Schrift um, aber im Zusatz kommuniziert man weiterhin den alten Namen. Und perpetuiert damit, was ja eigentlich vom Schild und aus der Öffentlichkeit verschwinden sollte.<sup>8</sup> Und damit ist er da, der unweigerlich in allen Debatten auftauchende Vor-

7. Aus dem Halfmann- wird der „Fichtenhof-Saal“. In: *Kieler Nachrichten* 24.7.2014, vgl. Pressespiegel, S. 311. Siehe auch den Beitrag von Olaf Harning ab S. 158.

8. In Rickling lautete die Begründung, man „wolle ‚problematische Aspekte der eigenen Geschichte nicht verschwinden [...] lassen.‘“ (*Kieler Nachrichten* 24.7.2014, vgl. Pressespiegel, S. 287). Dass dies nicht ohne ausführliche Kommentierung funktioniert und man damit die Umbenennung konterkariert, scheint wohl nicht allen Beteiligten klar zu sein.

schlag, man könne doch den inkriminierten Namen beibehalten und die ideologische Problematik auf einem Zusatzschild abhandeln. Ein jegliche Grundsatzentscheidung unterminierendes Konstrukt. Denn mal ehrlich: Welche Postanschrift, welcher Ausweis, welche Visitenkarte bekommt auch einen solches Zusatz? In den allerwenigsten Situationen stehen Menschen vor dem konkreten Straßenschild; häufiger hat man es lediglich mit der Nennung des Straßennamens zu tun, und die muss unergänzt bleiben.

## Aktionismus, Fehlgriffe

Doch derartige Unentschlossenheiten lassen sich sogar noch überbieten: Als 1999/2000 die „Rüdel-Kaserne“ benannte Rendsburger Heeresflugabwehrschule umbenannt werden musste, weil Generaloberst Günther Rüdels Tätigkeit als ehrenamtlicher Richter am Volksgerichtshof ruchbar wurde, ordnete Verteidigungsminister Rudolf Scharping an, dass der Standort künftig Feldwebel-Schmid-Kaserne heißen solle – zu Ehren des österreichischen Feldwebels, der 1941/42 im Ghetto Wilna 250 Juden zur Flucht verholfen hatte und dafür am 13. April 1942 hingerichtet worden war.<sup>9</sup>

Doch erwies sich diese Maßnahme des auch in manch anderen Bezügen glücklosen Ministers als vorschnell: Rüdel, so brachten weitere Recherchen ans Licht, war nur an einer einzigen Sitzung des Volksgerichtshofs beteiligt gewesen und hatte sich dabei obendrein für die Unschuld des Angeklagten ausgesprochen. Das Verteidigungsministerium wählte einen skurrilen Ausweg aus dieser Bredouille, den „guten“ Beisitzer so vorschnell vom Kasernenschild gestoßen zu haben: Schmid blieb Namensgeber des Stützpunktes, und nach Rüdel wurde nun der Saal der Offizierskantine benannt – in jener Kaserne, die erst kurz zuvor seinen Namen eingeblüßt hatte.<sup>10</sup>

Manchmal scheint aber eine Umbenennung in der ersten Zeit fast wirkungslos zu bleiben. Was auch die Kieler weiterhin feststellen müssen: Nachdem die neuen „Kiellinie“-Schilder am Hindenburgufer selig installiert waren, gaben befragte Passanten stolz preis, für sie werde der Boulevard entlang der Förde weiterhin Hindenburgufer heißen (wozu die skurrile Doppelschild-Variante mit den kleinen „Hindenburgufer“-Zusatzschildern zweifellos Vorschub leistet).<sup>11</sup>

9. Wolfram Wette, *Feldwebel Anton Schmid. Ein Held der Humanität*. Frankfurt 2013.

10. Späte Würdigung für Juden-Retter. In: *Husumer Nachrichten* 9.5.2000, auch ISHZ 38 (2000), S. 138. Übrigens hat die Rendsburger Kaserne mittlerweile den Namen des Feldwebels Schmid wieder eingeblüßt – sie wurde 2010 aufgegeben. Der Name wanderte zu einer neuen Heeresflugabwehrschule nach Munster, und als auch diese Ausbildungsstätte 2012 geschlossen wurde, kehrte der Name nach Schleswig-Holstein zurück – an ein unscheinbares Lehrsaalgebäude auf dem Flugabwehrschießplatz in Panker-Todendorf an der Ostsee (Wolfram Wette, *Entsorgte Erinnerung*. In: *Die Zeit* 17.4.2012). Im Herbst 2013 forderte Die Linke im Kreis Pinneberg, die Marseille-Kaserne in Appen nach Schmid zu benennen.

## Amtlicher Gesinnungs-Check

Gibt es denn nicht einen sinnvolleren, richtigeren Umgang mit der Namens-Altlast? Lübeck zumindest hat hier einen Ausweg gesucht und ein Komitee eingesetzt, das alle Straßennamensgeber auf ideologisch-ethisch fragwürdige Aspekte ihrer Vergangenheit überprüfte; hinsichtlich möglicher NS-Verwicklungen also so eine Art nachgeschalteter, um 70 Jahre verspäteter Entnazifizierungs-Ausschuss. Der Befund des „Interfraktionellen Arbeitskreises zum Bürgerschaftsauftrag ‚Historisch-wissenschaftliche Überprüfung der nach Personen benannten Straßen der Hansestadt Lübeck‘“: 13 Problemfälle, in zwei Fällen Umbenennung nötig, in weiteren fünf Fällen Tendenz zur Namensänderung.<sup>12</sup>

Aber wie weit führt ein solcher Gesinnungs-Check, ein derartig nachgeholtes Ideologie-Prüfverfahren? Vermutlich nicht weit. Denn wie aufwendig soll hier die Recherche betrieben werden? Niemand kann ausschließen, dass nicht doch noch „belastende“, also unerwünschte, sogar den öffentlichen Kultur-Frieden störende Erkenntnisse ans Tageslicht kommen, und ob man morgen vielleicht als störend empfindet, was heute noch kein Aufsehen erregt, muss ebenfalls grundsätzlich offen bleiben.

Die Frage ist, wann jemand genauer hinschaut und unbequeme Fragen stellt. So startete erst eine Anfrage des AKENS<sup>13</sup> bei der Stadt Itzehoe 1997 die Debatte um den „Heimat“-Dichter Heinrich Hornig und seine mundartlichen NS-Propagandaverse. Die, so hatte die vorangegangene Recherche gezeigt, waren mehr als nur frühe Sünden oder gelegentliche Ausrutscher – gesammelt und ausgewertet hatte sie vorher allerdings niemand.

Ähnlich ging es dem ersten niedersächsischen Ministerpräsidenten (1946 bis 1955 und wieder 1959 bis 1961) Hinrich Wilhelm Kopf. Nachdem lange Jahre der repräsentative Platz vor dem Landtag in Hannover seinen Namen getragen hatte, entstand entschieden Änderungsbedarf, als

11. Letzter Akt im Schilderstreich. In: *Kieler Nachrichten* 30.12.2014, vgl. Pressespiegel, S. 304.

12. Wenn alte Namen neue Zweifel wecken. In: *Lübecker Nachrichten* 27.1.2013, auch ISHZ 54 (2013), S. 204-206; Umbenennung? Studie nimmt Straßennamen unter die Lupe. In: *Lübecker Nachrichten* 9.11.2013, auch ISHZ 54 (2013), S. 256. – Straßen sollen umbenannt werden. In: *Lübecker Nachrichten* 13.7.2014, vgl. Pressespiegel, S. 283. Im Blickpunkt standen auch Personen mit fragwürdigem Verhalten im Zusammenhang mit der deutschen Kolonialgeschichte sowie Paul von Hindenburg. Im Übrigen beschlossen auch andere Städte eine systematische Namens-Überprüfung, so Hannover, das 400 Straßennamen checken ließ (*tax Nord* 28.3.2014). In Hamburg musste die Landeszentrale für politische Bildung die Liste möglicherweise ideologisch missliebiger Straßennamen anlegen (Straßennamen aus der Nazi-Zeit. In: *tax Nord* 17.11.2014, vgl. Pressespiegel, S. 300).

13. Gefragt wurde u.a., ob bei der Vergabe des Straßennamens die politischen Dichtungen Hornigs bekannt waren. Die Anfrage war von einem Dossier mit den fragwürdigen Texten begleitet, und sie umfasste auch die Frage, ob man seitens der Stadt nun Handlungsbedarf sehe. Der Umbenennungsprozess wurde dann vom Itzehoer Kulturausschuss durchgeführt.

Kopfs Beteiligung an Enteignung und Vertreibung der polnischen und jüdischen Bevölkerung im besetzten Polen aufgedeckt wurde. Und das, obwohl der Mann nie Mitglied in der NSDAP war, was gemeinhin ja als sicheres Indiz für braunen Gesinnung zu gelten hat.<sup>14</sup> Der exponierte Platz wird einen anderen Namen bekommen.

Wie umfangreich muss ein solcher Gesinnungstest vorgenommen werden? Sind die monierten Lübecker Namensgeber erst der Anfang? Und ganz wesentlich: Sollte der Diskurs um Straßennamen vielleicht besser aus Kreisen der Öffentlichkeit angestoßen werden und gerade nicht zum Verwaltungsakt degenerieren?

Selbst wenn man in Lübeck die beanstandeten Straßen und Wege nun neu benennt: Wer sich mit Namensgebern für Straßen, Plätze oder öffentliche Einrichtungen befasst, wandelt stets auf dünnem Eis. Und Überraschungen gibt es hier häufiger, als man annehmen sollte. So geriet es in Göttingen zum Skandal, dass der ehrbare Physiker und Nobelpreisträger Otto Hahn – als Mitunterzeichner der „Göttinger Erklärung“ ein anerkannter Gegner der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr – sich als unerkannt janusköpfig erwies und von der Vorbildfigur zum Problemfall verwandelte.

Hahn entpuppte sich als Entwickler von Giftgas im Ersten Weltkrieg, der sich über die in flandrischen Schützengräben bei Ypern erzielten „Erfolge“ von Chlorgas – die er als Beobachter im April 1915 vor Ort und erneut im Juni jenes Jahres in Galizien persönlich in Augenschein nahm – sehr erfreut zeigte. Natürlich wurde eine Umbenennung von Otto-Hahn-Gymnasium und Otto-Hahn-Straße sowie der Entzug der Ehrenbürgerschaft gefordert<sup>15</sup> – aber auch diesmal wieder um Einiges zu spät, denn von Hahns Beteiligung an der Entwicklung tödlicher Kampfgase hätte man schon aus seiner Autobiografie<sup>16</sup> wissen können. Doch wer liest schon die Lebenserinnerungen von Menschen, nach denen Straßen benannt werden sollen?

## **Tiere, Pflanzen und andere Gemeinte**

Beobachter der immer wieder neu auflebenden Straßennamen-Debatten nicht nur in Schleswig-Holstein würden mindestens zwei wohlfeile Ratschläge geben können. Zum einen: Verzichtet auf Vornamen. Denn in Einzelfällen könnte das eine spätere problemlose Uminterpretation ermöglichen, wie das Beispiel Carl Peters zeigt: Als sich in Berlin Unmut über den auch „Hängepeters“ genannten „Afrikaforscher“ und äußerst brutalen Begründer der Kolonie Deutsch-Ostafrika regte, änderte man 1986 den

14. Vom Gründervater zum Problem. In: *taz Nord* 6.12.2013, auch ISHZ 54 (2013), S. 262-263. Der Kopf wackelt. In: *taz Nord* 28.3.2014.

15. Otto Hahn führte Giftgaskrieg. In: *taz Nord* 1.8.2014.

Namen der Petersallee in – Petersallee. Der Unterschied liegt im „Peters“, denn damit sei trotz (oder gerade wegen) des Gleichklangs nun kurzerhand einfach jemand anderes gemeint. Soll heißen: Die zuständige Bezirksverordnetenversammlung änderte die Benennungsgrundlage. Neuer Namensgeber sei nun Hans Peters, ein Jurist, Politiker und Widerstandskämpfer, wie ein Zusatzschild erläutert.<sup>17</sup>

Schwieriger erwies sich der Trick mit dem „anderen Gemeinten“ in Bielefeld. Auch dort fiel im Stadtteil Stieghorst die Karl-Peters-Straße in Ungnade, und hier schien es sogar zu gelingen, sie mit vollem Namen am Leben zu erhalten, indem die Bezirksvertretung im Juni 2008 die Idee von Anwohnern aufgriff, die Ehre der Namenspatenschaft nun dem Juristen und Strafrechtsreformer Karl Peters zuzuschreiben. Dumm nur, dass sich auch jener als NSDAP-Mitglied wohl nicht als idealer Namensgeber empfahl; man konnte noch rechtzeitig bremsen. Doch im Herbst gelang es, den weitgehend unbekanntem Bielefelder Industriellen Carl Peters – zur vermutlich allseitigen Erleichterung bereits 1922 verstorben – posthum zum Namensgeber für die Karl-Peters-Straße zu machen.<sup>18</sup> Wobei sein C im Vornamen demjenigen des Afrika-Desperados von kaiserlichen Gnaden entspricht, nur hat sich dessen K-Schreibung längst eingebürgert. Fazit: Den Vornamen fortzulassen, ist wohl doch gar nicht so schlecht.

Und noch um Klassen einfacher ist der zweite, radikalere Rat: Verzichtet auf Menschen als Namensgeber. Denn es gibt ja den einfachen Rückgriff auf die Tier- und Pflanzenwelt. Selbst deutsche Adler und deutsche Eichen werden auf Straßenschildern zu harmlosen Vögeln und Bäumen, und mit Eichhörnchenplatz, Marderstieg, Veilchenallee oder Tulpengasse ist man vermutlich für sehr lange Jahre auf der sicheren Seite. Natürlich wäre das eine vorauseilende Problemvermeidung, doch dürften Verwaltungen immer wieder gern so entscheiden – wenn man nicht auf ein mögliches Problem zusteuern möchte, vermeidet man es halt so gut es geht.

## Emotional vermintes Gelände

Eines haben Kritik an Straßennamen und Umbenennungs-Diskurse stets gemein: Sie berühren ein hoch emotionales Thema. Einfach zu konstatieren, ein Name sei aus triftigen Gründen nun doof und müsse deshalb schnellstens ausgetauscht werden, geht nicht: Sowie ein Umbenennungsbegehren publik wird, gehen Anlieger gern und unweigerlich in Verteidigungshaltung

16. Otto Hahn, Mein Leben. Erinnerungen des großen Atomforschers und Humanisten. München 1986. Hier stellt er die „Erfolge“ des Gifteinsatzes in Galizien allerdings weniger glorreich dar. Siehe zum Thema insgesamt auch die vorzügliche Dokumentation von Martin Melchert ([www.goest.de/otto-hahn.htm](http://www.goest.de/otto-hahn.htm)).

17. [www.afrika-hamburg.de/umbenenn.html](http://www.afrika-hamburg.de/umbenenn.html)

18. Ebenda.

und starten Bürgerinitiative, Befragungen, Unterschriftenlisten, Abstimmung über Namens-Vorschläge, ja sogar Klagen. Und das zwingt zu einem kommunalpolitischen Spagat – man will und muss sowohl Befürworter als auch Gegner der Umbenennung zufriedenstellen. Gefragt ist also nichts weniger als die Quadratur des Kreises: eine Lösung, die Pro und Kontra gleichermaßen befriedet.

Was – Achtung, Emotionen sind involviert! – eigentlich zum Scheitern verurteilt sein muss. Und tatsächlich fühlen sich nach erfolgten Umbenennungen diejenigen als Verlierer, die am Status quo nichts ändern wollten und mit dem Namen eines Nazis auf ihrer Visitenkarte gut leben könnten (oder zumindest behaupten, nein, der sei doch kein Nazi gewesen, oder wenn doch, dann ein guter – bei den Fressen-Umbenennungs-Initiativen gab es solcherlei peinliche Selbstentblößungen gleich serienweise, inklusive verbale Prügel für die Kritiker des braunen Literaten).

Spannend wäre zu erforschen, inwieweit Anlieger erst bei einer drohenden Umbenennung zum Fan des Geehrten und seines Schaffens werden; vermutlich hat so mancher Einwohner einer Fressen-Straße noch nie ein Buch des Mannes in der Hand gehabt, aber verteidigen tut man ihn doch, und zwar vehement.

Oder man macht es wie Meldorf und nimmt den Anliegern die bedrohliche Aussicht, ihre Straße werde künftig nach einem ermordeten behinderten Mädchen heißen, indem kurzerhand der nächste tote Literat eingesetzt wird. Was für ein Deal: böser Name weg, wahrscheinlich nicht konsensfähiger Name von vornherein auch weg, zufällig gefundener Name her – Problem gelöst. „Arbeitet“ man so die Vergangenheit „auf“? In Meldorf vielleicht. Doch einer solchen Logik zufolge dürfte man dort wohl auch davon ausgehen, dass man ein bisschen schwanger sein kann. Ganz oder gar nicht? Nö, irgendwie von allem was und dazwischen, Hauptsache Ruhe.<sup>19</sup>

## Kommunal verwaltete Gefühle

Doch zurück zu den Namen, die in den Augen aufgeklärter Betrachter keinen Platz auf Straßenschildern haben sollten. Muss hier die Verwaltung aktiv werden? Nein – wirklich Sinn machen Umbenennungen nur, wenn

19. Schwer tut sich auch der Lübecker Namensüberprüfungs-Ausschuss, wenn er die Gründe für eine Straßenbenennung ermitteln will: „ist die Namensgebung der Straße [...] schon in der Weimarer Republik erfolgt, oder wurde diese von den Nazis als Ehrung der Person erst angeschoben?“ (Zitat eines Arbeitskreismitgliedes, *Lübecker Nachrichten* 13.7.2014). Wäre es weniger schlimm, wenn schon zu Weimarer Zeiten ein Name auf das Straßenschild gehievt wurde, der für eine ideologisch fragwürdige Person steht? Oder sollte man nicht ganz simpel fragen, welche Namen wollen wir heute haben (und damit: stehen lassen)? Im Übrigen dürften die meisten der monierten Straßenbenennungen nach lokalen Größen ohnehin erst in der Nachkriegszeit erfolgt sein.

sie von den Bürgern ausgehen, und so sollte die Verwaltung ihren Einwohnern derlei Diskurse keinesfalls abnehmen. Denn es ist der Nahbereich mit vielen Emotionen betroffen, und da muss sich ein Konflikt schon quasi von selbst entwickeln. Das Aufbegehren gegen einen Nazi-Namen auf dem Straßenschild ist Artikulation einer politischen Meinungs- und Willensbildung gleichsam von unten, ist ein Akt der Kultur, ein Zeichen von ethischer Reife und aktiv akzeptierter historischer Verantwortung, und die Auseinandersetzung der Kräfte der Veränderung mit den Kräften der Beharrung ist eine politische Lektion, auch wenn sich dabei vielfach Ergebnisse zeigen, die die Veränderer nicht mögen. Wer als sorgfältig mit Argumenten munitionierter Schilderstürmer belastete Namen tilgen will, schließt die Reihen jener, die ihren vermeintlichen Besitzstand wahren und sich vor allem nicht von außen in ihre persönlichen Belange reinquatschen lassen wollen, und sorgt auf diese Weise allzu leicht für Allianzen unbescholtener, teils auch uninformativer Bürger mit Generalfeldmarschällen, Großindustriellen, NS-Ideologen. Anlieger werden zu Verteidigern von Menschen, über deren Wirken sie oftmals nichts wissen und sich bis dato vermutlich auch nicht die Bohne dafür interessiert haben.

Gerade weil ein Umbenennungs-Diskurs stark emotionale Züge hat, ist die Änderung eines Straßennamens keine primäre Angelegenheit der Anlieger. Auch wenn kein Straßename ohne Einbeziehung der Anlieger verändert werden kann und derlei Initiativen tunlichst nicht von der Kommune selbst ausgehen sollten, ist die Meinung der Anwohner – recht betrachtet – nicht wirklich maßgeblich; ein Widerspruch, den es auszuhalten gilt. Die Benennungen gehen die gesamte kritische städtische Öffentlichkeit an. Sie sind konkrete örtliche Auseinandersetzungen mit dem gesellschaftlichen Diskurs, konkrete Widerspiegelung und Verwirklichung dessen, was in einer arbeitsteiligen Gesellschaft anderswo erforscht, gedacht, erkannt wird. Die Kommune ist allenfalls für die entstehenden Kosten der Adressänderung in Ausweisen und Führerscheinen zuständig (und soll natürlich, wo nötig und sinnvoll, vermitteln und mitdiskutieren).

## **Beleidigte Beteiligte**

Doch wem sein Straßename weggenommen werden soll, der wehrt sich: Im Fall der Umbenennung der Itzehoer Heinrich-Hornig-Straße stellte sich der Schriftstellerenkel und Rechteinhaber quer, als die inkriminierten Texte vervielfältigt und den Anliegern zwecks Begünstigung der Meinungsbildung zur Kenntnis gebracht werden sollten. Was diese nicht störte, denn sie erklärten die Texte – obgleich in weitgehender Unkenntnis – für harmlos. Und als die Umbenennung in trockenen Tüchern war, scheute die Familie

des Propaganda-Literaten nicht davor zurück, gegen den AKENS Anzeige wegen der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu erstatten.<sup>20</sup>

Und in Lübeck-Schlutup waren die Anwohner des Ex-Günther-Quandt-Platzes nicht bereit, sich mit der Umbenennung in Wilhelm-Krohn-Platz abzufinden – sie präsentierten eine Petition mit 767 Unterschriften und forderten wenn schon keine Rückbenennung, so doch die Wahl eines „neutralen Namens“. Besonders eindrucksvoll der brillante Vorschlag des langjährigen Ortsvereinsvorsitzenden, den Platz doch wieder, aber zugleich nur noch Quandt-Platz zu nennen – also ohne den personifizierten bösen Rüstungsfabrikanten qua Vorname, denn dann stünde der Name doch für ein renommiertes Unternehmen.<sup>21</sup> Frei nach dem Motto „Ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt“. Dem Namen und der Person des Arbeiters Krohn, der Zwangsarbeitern Brot zugesteckt hatte und dafür später im KZ Sachsenhausen ermordet wurde, mochte keiner der 767 Petenten etwas Positives abgewinnen – ganz im Gegenteil.

Mut macht da, dass Straßenumbenennungen auch zu Erkenntnisgewinn führen können. Nach einem Informationsabend in St. Peter-Ording im Oktober 1996 sagte eine ältere Dame den Referenten, sie habe Frenssen bislang immer als Heimatdichter gelesen – aber sie könne und wolle die Augen vor der Existenz seiner ideologisch fragwürdigen Texte nicht verschließen und halte nun die Umbenennung für nötig: „Wenn das so ist, ist das so.“ So einfach also, und offenbar andernorts doch so schwierig.

In Heide vertrat Berndt Steincke öffentlich eine vergleichbar aufgeklärte Position. 1983/84 hatte er sich als Magistratsmitglied noch gegen eine Umbenennung der Gustav-Frenssen-Straße ausgesprochen; 2012 wurde die neu auflebende Umbenennungsdebatte maßgeblich von ihm mit angestoßen. Zwischenzeitlich, erklärte er souverän, habe er sich intensiv mit den Schriften des Autors befasst und würde nun aus guten Gründen für die Namensänderung plädieren. Selten, dass jemand offen frühere Irrtümer eingesteht und nachhaltig korrigiert.<sup>22</sup>

Straßenumbenennungen – also das Ausmisten überkommener ideologischer Altlasten – bringen zweifellos einen Erkenntnisgewinn. Allerdings sollte man immer darauf vorbereitet sein, quasi im Doppelpack auch die eigentlich weniger erfreuliche Erfahrung zu machen, dass sich Anlieger wider besseres Wissen auch an noch so braune Nazis klammern.

Und dass die Umbenennungs-Gegner oft ein Problem damit haben, wenn ein von den Nazis verfolgter Mensch der neue Namenspatron werden

20. Kay Dohnke, Rieder statt Hornig, oder: Kritiker vor Gericht! Anstoß und Ergebnis eines historisch-politischen Diskurses in der Provinz. In: ISHZ 40 (2002). S. 92-93.

21. Wilhelm-Krohn-Platz: Schlutupuper fordern einen anderen Namen. In: *Lübecker Nachrichten* 20.1.2012, auch ISHZ 54 (2013), S. 160-161.

22. Vgl. hierzu den Beitrag von Dietrich Stein ab S. 189.

soll. Die umfangreiche Petition gegen den Wilhelm-Krohn-Platz in Lübeck-Schlutup spricht hier eine deutliche Sprache. Und in Meldorf hat man vermutlich nicht ohne Grund das behinderte, in der „Euthanasie“ ermordete Mädchen gar nicht erst als Kandidatin in den Diskurs einbezogen.

Ein an Peinlichkeit aber kaum noch zu überbietendes Schauspiel bot schließlich die CDU-Fraktion der Ratsversammlung in Quickborn. Als hier ein kleines Parkgelände nach dem im März 1933 erschossenen KPD-Mitglied Paul Warnecke benannt werden sollte, berief man sich im Rathaus auf einen entsprechenden Beschluss des Gemeinderats aus dem Jahre 1946, der nur nie umgesetzt worden war. Doch die Benennung des „Birkenwäldchens“ – hier musste nicht einmal ein vorhandener Personename getilgt werden – scheiterte einstweilen an einem pseudo-juristischen Winkelzug, mit dem die CDU die Maßnahme blockierte. Da die 1946 agierende Gemeindevertretung kein demokratisch gewähltes Gremium, sondern ein von den Briten eingesetztes Organ gewesen sei, argumentierte sie, sei die Rechtslage unklar, weshalb man sich nicht an diesen Beschluss gebunden fühle und gegen eine Benennung votiere.<sup>23</sup> Man begab sich quasi freiwillig in eine kommunalpolitische Schockstarre und entmündigte sich selbst – hätte aber doch genauso gut das Areal nach Warnecke benennen können, wenn man es denn wollte. Tja, Herr Warnecke, offenbar war es nicht nur 1933, sondern auch 2014 nicht ratsam, Kommunist (gewesen) zu sein.

Welcher Name schlussendlich auch immer auf einem neuen Schild stehen mag – spannend sind die vorherigen Diskurse allemal, fungieren sie doch nicht selten als eine Art Gradmesser der politischen Reife. Als 2011 in Schleswig der Hindenburgplatz zur Debatte stand, verstieg sich der dortige Bürgermeister zu der höchst spitzfindigen Bemerkung, es handle sich hier ja nur um einen Namen und um keine Ehrung – mit einer Amselstraße ehre man ja auch nicht den Vogel.<sup>24</sup> Vielleicht können sich ja Lübeck-Schlutup, Quickborn und Schleswig bei künftigen Straßennamenkonflikten gegenseitig kongeniale Argumentationshilfe leisten ...

## Was lang nicht stört, stört endlich doch

Einen belasteten Namen vom Straßenschild entfernen zu wollen, bedeutet vielfach eins: Die Geschichte ist in der Gegenwart angekommen – und fordert eine Stellungnahme. Die mag trotzig verweigert werden wie etwa in der Itzehoer Debatte um „Heimat“-Dichter Heinrich Hornig, dessen Rolle als poetischer NS-Propagandist in den Augen der Anlieger als „nicht ausrei-

23. Quickborn hat ein Platz-Problem. In: *Hamburger Abendblatt* 28.5.2014, vgl. Pressespiegel, S. 274. Siehe auch die Beiträge von Jörg Penning ab S. 26 bzw. S. 162.

24. Vgl. hierzu den Beitrag von Bernd Philippsen ab S. 154.

chend nachgewiesen“ zurückgewiesen wurde, oder 30 Jahre lang im Falle der dithmarscher Frenssen-Straßen bzw. -Wege. Allein, aussitzen funktioniert auch hier nicht ewig.

Aber man kann auch auf die positiven Aspekte vieler Umbenennungen schauen: Viele Kommunen finden – unterstützt von kritischen Bürgern – doch den Mut, zumeist Menschen zu ehren, die unter der NS-Zeit schwer gelitten haben. In Itzehoe steht statt Hornig jetzt Aron Rieder auf dem Straßenschild, ein jüdischer (Mit?-)Bürger aus Itzehoe, der mit seiner Familie in den Todeslagern der Nazis verschwand. Der braune Archäologe Hermann Hofmeister wurde durch Dietrich Bonhoeffer ersetzt.<sup>25</sup> In Heide machte Gustav Frenssen der verfolgten jüdischen Lehrerin Lilly Wolf Platz, in Marne verschwand Frenssen zugunsten der Ehrung der verdienten Kaufmänner Julius und Heinrich Rosenthal. Schleswig ehrt statt Hindenburg nun den Stadtbaurat Julius Petersen durch ein Straßenschild.

Zusammen mit Wilhelm Krohn, dem Feldwebel Schmid und Lilly Wolf könnten auf diese Weise Menschen ins jeweilige lokale Bewusstsein rücken, die der deutschen Geschichte bislang unterdrückte oder unbekannt Facetten verleihen. Zumindest gibt es nun die Chance, sie wahrzunehmen. Nur Brunsbüttel ließ diese Gelegenheit einer politischen Sprung-Evolution ungenutzt, taufte die Gustav-Frenssen-Straße 2014 weitgehend inhaltsleer in „Zur Mole“ um, hängte aber immerhin ein ausführliches Erläuterungsschild dazu. Wenigstens das.

Es bleibt ein Wermutstropfen: Liest man die Umbenennungs-Vorgänge gegen den Strich, kann man sich manchmal nicht des Eindruckes erwehren, es hier mit Lippenbekenntnissen und Krokodilstränen zu tun zu haben. Signifikant ist, dass die Würdigung von Verfolgten und Opfern des NS-Regimes fast immer erst als Ersatz für belastete Namen erfolgt. Dabei wäre es bei einer tatsächlichen – oder soll man sagen: ehrlichen – inneren Motivation doch ziemlich einfach, ein Zeichen zu setzen, indem man auch neu erschlossene Straßen nach den Menschen benennt, die am härtesten unter dem Nationalsozialismus gelitten haben. Und die gibt es leider in jeder Kommune.

Da mag es ein wenn auch schwacher Trost ein, dass auch weiterhin immer mal per Straßenname an einen Verfolgten oder ein Opfer erinnert werden wird, denn es wird auch weiterhin Umbenennungen geben. Spätestens dann, wenn der Blick geöffnet wird und mehr als die zwölf Jahre der braunen Diktatur zur Kenntnis nimmt. Wie beispielsweise im Fall des Hilfsschullehrers Johann Strakerjahn (1856–1943), nach dem eine Schule in Lübeck benannt war. Bereits 1914, so wiesen Literaturfunde nach, hatte der sich in verschiedenen Vorträgen und Schriften pro Zwangssterilisierung

25. Vgl. hierzu den Beitrag von Björn Marnau ab S. 150.

„Schwachsinniger“ ausgesprochen.<sup>26</sup> Erfreulicherweise gab es gar nicht erst eine ausufernde Debatte – sofort war klar, dass der Mann nicht weiter Namenspathe einer Schule sein konnte, die von lernbeeinträchtigten Kindern besucht wird (ein Fazit, das zu ziehen allerdings auch deswegen leicht fiel, weil die Schule ohnehin mit einer anderen zusammengelegt werden sollte).

Muss man solche ideologischen Positionen zur Kenntnis nehmen, auch wenn die Haltung nicht aus den von einer kritischen Gesellschaftsschicht konsensual als böse anerkannten Jahren 1933 bis 1945 stammt? Obgleich hier jede Kommune in ihrer Entscheidung frei ist: Vermutlich muss man, denn die damals propagierten Haltungen und Werte differieren denn doch zu stark von den heutigen, und um den Diskurs darüber wird man nicht herum kommen. Daher wird auf Straßennamen-Kontrollkomitees à la Lübeck noch mehr Recherchearbeit zukommen, und es wird noch weitere Namen geben, die ihren Platz auf Straßenschildern oder an öffentlichen Einrichtungen räumen müssen. Günter Grass' wie auch immer freiwillig-unfreiwillige, zumindest aber in des Autors Erinnerung gezielt verdrängte Mitgliedschaft in der Waffen-SS wurde ja auch erst bekannt, als der Schriftsteller sich schon lange große Meriten erworben hatte und zur scheinbar festen Bastion linken Denkens geworden war. Namenskandidatenprüfungskomitees dürften also zu einer Dauereinrichtung werden, wenn Kommunen denn diesen Weg gehen wollen.

Itzehoe – bereits mit der inzwischen umbenannten Heinrich-Hornig-Straße auf diesem Gebiet erfahren<sup>27</sup> – schlidderte 2000 nur knapp an einem Skandal vorbei, als ein der Stadt von dessen Familie geschenktes Grundstück nach dem Arzt Prof. Dr. Heinrich Zoeppritz benannt werden sollte. Jener Mediziner, so wurde gerade noch rechtzeitig aufgedeckt, war kein reiner Wohltäter der Itzehoer Einwohnerschaft, sondern dummerweise als leitender Arzt und Chirurg an den Städtischen Krankenanstalten zwischen 1934 und 1944 für mindestens 210 Zwangssterilisierungen verantwortlich gewesen.<sup>28</sup> Interessanterweise trägt das kleine parkähnliche Areal in den Unterlagen der Stadt Itzehoe die semioffizielle Bezeichnung „Zoeppritz-sches Grundstück“<sup>29</sup>, auch wenn das nirgends öffentlich sichtbar auf einem Schild vermerkt ist. Auf einem Findling vor Ort steht „Seniorenpark“.

Auch in Plön hatte die Kommune 2008 Glück: Eben war man drauf und dran, eine Straße nach dem Landrat Alfons Galette zu benennen, da

26. Darf die Strakerjahn-Schule weiterhin so heißen? In: *Lübecker Nachrichten* 17.5.2011, auch ISHZ 52/53 (2010/2011), S. 230.

27. Vgl. die Nachweise in Anm. 2.

28. Björn Marnau, „Die Beisetzung hat in aller Stille stattgefunden“. Die Steinburger „Euthanasie“-Toten: vergessene Mordopfer. In: Steinburger Jahrbuch 2005. S. 43.

29. Stadt Itzehoe, der Bürgermeister, Vorlagen des Umwelt- und Kleingartenausschusses, Sitzungsvorlage für den 29.11.2007, TOP 5, Anlage 2, [www.itzehoe.de](http://www.itzehoe.de).

tauchten belastende Dokumente auf – und ungeachtet öffentlicher Proteste unterblieb die geplante Ehrung.<sup>30</sup> Wyk auf Föhr hingegen gab sich trotziger: Obwohl die Aktivitäten Friedrich Christiansens als Wehrmachtsoberbefehlshaber in den Niederlanden und seine Verantwortung für das Massaker von Putten im Oktober 1944 bekannt waren, wurde die zentrale Straße des Ortes 1952 fast zeitgleich mit dessen Entlassung aus niederländischer Haft nach dem Flieger-General benannt. Erst als der Familie 1980 die immer wieder aufkommenden Forderungen nach einer Umbenennung zu viel wurden, warf auch die Kommune das Handtuch.<sup>31</sup>

Man darf also immer und überall auf Überraschungen gespannt sein. Aber eigentlich haben alle Debatten um belastete Namen im öffentlichen Raum etwas arg Unzeitgemäßes. Ganz nüchtern brachte es Kerstin Bode auf den Punkt, eine Anliegerin der vermutlich zur Umbenennung anstehenden Pfitznerstraße in Lübeck. Die *Lübecker Nachrichten* zitierten sie mit verblüffend direkten und die gesamte Problematik in neuem Licht erscheinend lassenden Worten, die auch das Eingangszitat für dieses Forum bilden: „Warum kommt man erst jetzt darauf, die Namen zu ändern? Das ist doch der eigentliche Skandal.“<sup>32</sup>

**Björn Marnau**

## **Hermann-Hofmeister-Straße – ein Antisemit als Namensgeber**

**Die Entthronung des „großen Heimat- und Burgenforschers“**

Hermann Hofmeister galt den Itzehoern jahrzehntelang als „Held“ der stadthistorischen Forschung. Der promovierte Frühgeschichtler (1878–1936) hatte im Jahre 1931 als erster die These vertreten, dass der historische Ursprung der Stadt Itzehoe, eine Burg der Karolinger, nicht in der Itzehoer Neustadt, sondern in der Oldenburgskuhle gelegen habe, einem Flurstück drei Kilometer westlich der Störinsel.<sup>1</sup> Im Oktober 1958 und im April 1959 wurden dort auf Anweisung von Prof. Herbert Jankuhn, motiviert durch die anstehende 1150. Jahresfeier der Burg, Grabungen durchgeführt, die Hofmeisters Hypothese bestätigten. „Das Fazit der bisherigen Untersu-

30. Karsten Dölger, Keine Alfons-Galette-Straße für Plön. In: ISHZ 51 (2009), S. 112-117.

31. Siehe Klaus Bästlein, Der Haupttäter wurde verschont. In: ISHZ 54 (2013), S. 56-113, bes. S. 86-90.

32. Protest gegen neue Straßennamen. In: *Lübecker Nachrichten* 18.7.2014. Siehe Pressespiegel, S. 286.

1. Rudolf Imisch, Geschichte der Stadt Itzehoe. Itzehoe 1960, S. 41.



Foto: Michael Ruff

Ein Denkmal wird demontiert: das Ende der Itzehoer Hermann-Hofmeister-Straße

chungen ist also die Feststellung einer Burganlage an dem Nordufer der Stör aus der Zeit um oder kurz nach 800“, schrieb Jankuhn im Juni 1959 an den Itzehoer Stadtchronisten Rudolf Irmisch, der noch an seiner 1960 erschienenen „Geschichte der Stadt Itzehoe“ arbeitete, „angesichts dieser Feststellung wird die Identifizierung dieses Platzes mit dem Kastell Esesfeld die wahrscheinlichste Ausdeutung des archäologischen Befundes bleiben.“<sup>2</sup>

Die Nachkriegsjahre waren eine Zeit städteplanerischer Expansion – in Masse entstanden neue Straßen, die eine Benennung benötigten. Was lag näher, als nach dem Fifo-Prinzip – „First in – first out“ – den aktuell wieder zu Ruhm gelangten Hermann Hofmeister umgehend als Namenspatron zu instrumentalisieren. Das Wissen um die Person des fast ein Vierteljahrhundert zuvor verstorbenen Hannoveraners beschränkte sich offenbar auf dessen Leistungen als Archäologe. So erhielt noch im Jahre 1959 eine neue Straße im Stadtteil Sude-West, abgehend von und parallel zur Lindenstraße, den Namen Hermann-Hofmeister-Straße. Fast ein halbes Jahrhundert lang wurde diese Ehrung nicht in Frage gestellt.

Erst 2005 schreckte der Itzehoer Fotograf und Journalist Michael Ruff die Stadtväter mit Forschungsergebnissen auf, die im Oktober des Jahres in der *Norddeutschen Rundschau* publiziert wurden: „Hermann Hofmei-

2. Ebda., 42f.

ster – der Mann, der Steinburg zum Heldengau machte“.<sup>3</sup> Die Stadt Itzehoe reagierte vergleichsweise schnell. In einer Sitzung am 22. März 2006 ließ sich der neunköpfige Schul- und Kulturausschuss der Stadt Itzehoe eine Ende Dezember formulierte Stellungnahme des Kreis- und Stadtarchivs zur „Umbenennung der Hermann-Hofmeister-Straße“ präsentieren.<sup>4</sup> „Neben seinen Verdiensten als Archäologe wird in dem Artikel [von Michael Ruff, BM] in erster Linie auf die rassistischen und antisemitischen Äußerungen eingegangen, die Hofmeister in seiner Funktion als Lehrer und in zahlreichen Veröffentlichungen getätigt hat.“ Archivleiterin Kirsten Puymann bestätigte in einer schriftlichen Stellungnahme, „dass der Bericht dem Stand der Wissenschaft entspricht und die Quellenangaben korrekt sind.“

### **Zentraler Diskussionspunkt: Kosten**

Zentraler Diskussionspunkt waren kaum inhaltliche Zweifel an der in Rede stehenden Umbenennung, sondern anstehende Kosten für die Anwohner. Die Itzehoer Verwaltung erinnerte an eine fünf Jahre zuvor erfolgte Umbenennung, bei der ebenfalls durch Nähe zur NS-Ideologie diskreditierte Heimatdichter Heinrich Hornig als Namensgeber gestrichen und durch den jüdischen Itzehoer Geschäftsmann Aaron Rieder ersetzt worden war: Viele Anlieger hätten sich „massiv bei der Verwaltung beschwert [...], weil sie ihre persönlichen Papiere (Mitteilung an Versicherung, Vereine, Banken, Telekom etc.) ändern mussten. Hinzu kommt die Änderung von Briefköpfen und Visitenkarten.“ In der Hermann-Hofmeister-Straße seien zudem zehn Gewerbetreibende gemeldet, die ihre Geschäftspapiere ändern müssten.

### **Keine städtische Pflicht zur Kostenerstattung**

Auf Basis der Anwohnerstatistik prognostizierte die Bürokratie die anstehenden Kosten: „In der Hermann-Hofmeister-Straße sind 712 Einwohner (Erwachsene, Jugendliche, Kinder) gemeldet. Eine andere Statistik weist aus, dass in dieser Straße 434 Haushaltsvorstände vorhanden sind.“<sup>5</sup> Unter der Annahme, „dass ca. 65 % der gemeldeten Einwohner ein Kraftfahrzeug haben, werden die Kosten mit 5.200 € hochgerechnet.“ Der Ausschuss verwies ausdrücklich auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofes (VGH) München aus dem Jahre 1995, dass eine Stadt nicht verpflichtet sei, den

3. In: *Norddeutsche Rundschau* vom 17.10.2005, auch ISHZ 46 (2006), S. 158-159.

4. Vgl. Stadt Itzehoe, Der Bürgermeister, Schul- und Kulturausschuss, Sitzungsprotokoll vom 22.3.2006, S. 13ff.

5. Ebd., S. 15.

Anliegern die Kosten, die durch eine Straßenumbenennung entstehen, zu erstatten: „Danach muss jeder Bürger mit einer Änderung des Straßennamens in einem gewissen Zeitraum (ca. 50 Jahre) rechnen.“ Zwölf Betroffene – Grundstückseigentümer, Anwohner und Gewerbetreibende der Straße – nahmen schriftlich Stellung.<sup>6</sup> Überwiegende Meinung der Zuschriften: Man solle die Vergangenheit nach so vielen Jahren ruhen lassen – Begründung waren tatsächlich die „unnötigen Kosten“.

### **Nur ein „Haar in der Suppe“**

Am 19. April 2006 empfahl der Schul- und Kulturausschuss nach einstimmiger Abstimmung der Ratsversammlung, die Hermann-Hofmeister-Straße in Dietrich-Bonhoeffer-Straße umzubenennen. Über einen ersten Antrag auf die Namensgebung Paul-Barth-Straße war nicht mehr abgestimmt worden.<sup>7</sup>

Weitere Bürgerstimmen wurden in einer Ratsversammlung am 27. April laut. Ob die Ratsherren nichts anderes zu tun hätten, als überall ein „Haar in der Suppe zu finden“, um Straßen umbenennen zu können, wollte der Itzehoer Hermann Lange wissen. Schließlich würde die Umbenennung die Bürger viel Geld kosten. „Er vertrat die Meinung, die Ratsherren würden gewählt werden, um Schaden von der Bevölkerung abzuwenden“, notiert das Sitzungsprotokoll.<sup>8</sup> Dem entgegnete der SPD-Ratsherr Hagen Rettke, „die Bürgerschaft habe ein Recht darauf, nicht in den Ruf zu kommen, dass sie nationalsozialistische Gesinnung toleriert, wenn sie aufgedeckt wird.“ Setus Studdt, Ratsmitglied für die freie Wählergemeinschaft „Itzehoer Bürgerforum“ (IBF), schloss sich dem Vorredner an – man würde die Umbenennung beschließen, um die Bürger vor Schaden zu bewahren: „Man könne keinem Bürger zumuten, in solch einer Straße zu wohnen.“ Für die CDU betonte Ratsherr Dr. Markus Müller, „dass Hermann Hofmeister in einer Art und Weise belastet sei, die es unmöglich macht, dass diese Straße weiter diesen Namen trägt.“

Noch vor Beschluss zur Kostenübernahme wurden für den I. Nachtragshaushalt 2006 vorsorglich Mittel in Höhe von 5.600 Euro angemeldet, um den Anwohnern auf Antrag die Kosten für die Adressenänderung im Fahrzeugschein in Höhe von 10,70 Euro je Änderung zu erstatten. Am 6. Juli 2006 wurde schließlich vom Stadtrat die Umbenennung in Dietrich-Bonhoeffer-Straße beschlossen: der lutherische Theologe Dietrich Bonhoeffer (\* 1906) war als profiliertes Mitglied der Bekennenden Kirche

6. Protokoll über die Sitzung der Ratsversammlung der Stadt Itzehoe am 6.7.2006.

7. Stadt Itzehoe, Der Bürgermeister, Schul- und Kulturausschuss, Sitzungsprotokoll vom 19.4.2006, S. 17.

8. Protokoll über die Sitzung der Ratsversammlung der Stadt Itzehoe am 27.4.2006.

am Widerstand gegen den Nationalsozialismus beteiligt. Am 9. April 1945 wurde er im KZ Flossenbürg hingerichtet. Auch die Kirchengemeinde des Itzehoer Stadtteils Sude-West, zu dem die Straße gehört, trägt seinen Namen.

### **Acht Jahre danach: nichts dazugelernt?**

An manchem Zeitgenossen ist die Diskussion um die zweifelhafte Persönlichkeit des Frühgeschichtlers spurlos vorbeigegangen. Der Itzehoer Carsten Brecht (46) äußert sich in einer 70 Seiten langen Ausarbeitung zu „Itzehoer Straßennamen“ distanzlos auch zu der besagten Straße: „Sie entstand im Jahr der 1150-Jahrfeier der Stadt Itzehoe 1960, als die Bürgerschaft von Itzehoe sich voll Dankbarkeit des großen Heimat- und Burgenforschers Hermann Hofmeister erinnerte.“<sup>9</sup> Dass und warum sich dieselbe Stadt heute nicht mehr an den großen „Entdecker“ erinnern möchte, hat der Internet-Publizist anscheinend nicht verstanden.

**Bernd Philippen**

## **Schleswig: Statt Hindenburgplatz nun Julius-Petersen-Platz**

Die Stadt Schleswig hat den Namen Hindenburgs aus dem öffentlichen Straßenbild und dem Stadtplan verbannt. Das ist das konkrete Ergebnis einer knapp dreijährigen öffentlichen Diskussion in der Einwohnerschaft und der Beratungen in städtischen Gremien, die einfließen in den Beschluss, den in der Neustadt gelegenen Hindenburgplatz, der seit nahezu 80 Jahren den Namen des Reichspräsidenten trug, umzubenennen. Im Herbst 2012 ließ das Bauamt der Stadt die bisherigen Straßenschilder demontieren und durch neue ersetzen. Namenspatron ist seitdem Julius Petersen, der von 1925 bis 1934 als Stadtbaurat wesentliche Impulse für die städtebauliche Weiterentwicklung Schleswigs gegeben hat. 1934 wurde er als Professor für Baukonstruktion und landwirtschaftliche Baukunde an die Technische Hochschule Braunschweig berufen.

Die Hindenburg-Debatte war ausgelöst worden durch einen Bericht der *Schleswiger Nachrichten* (SN) vom 27. August 2009, der sich auf die Hindenburg-Biografie des Stuttgarter Historikers Wolfram Pyta<sup>1</sup> bezog, ein

9. [www.cadif.de/de\\_sh.../de\\_sh\\_steinburg\\_itzehoe\\_strassennamen.shtml](http://www.cadif.de/de_sh.../de_sh_steinburg_itzehoe_strassennamen.shtml), zuletzt aktualisiert am 18. Mai 2014.

1. Wolfram Pyta, *Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*. München 2007.

Buch, auf das sich wegen kritischer Fragestellungen und neuer Bewertungen deutschlandweit Befürworter einer Umbenennung von Hindenburg-Straßen und -Plätzen berufen. Unmittelbare öffentliche Reaktionen auf die Veröffentlichung waren ein Leserbrief und drei Leserkommentare auf der Homepage der Zeitung.<sup>2</sup> Der Tenor lässt sich so zusammenfassen: Muss der Platz wirklich umbenannt werden? Gibt es nichts Wichtigeres, um das sich die Stadt zu kümmern habe?

Einen konkreten Vorstoß zur Umbenennung des Platzes unternahm die Schleswiger Gruppe der Menschenrechtsorganisation Amnesty International (ai), als sie sich am 17. Januar 2011 mit einem entsprechenden Antrag an den damaligen Bürgermeister Thorsten Dahl wandte. Ihr Vorschlag: Platz der Menschenrechte. Ihre Begründung: Das traditionelle Hindenburg-Bild als Opfer fremder Einflüsterungen, der von den Nationalsozialisten für ihre Zwecke instrumentalisiert worden sei, müsse nach neuen Erkenntnissen gründlich revidiert werden. Dagegen werde zunehmend die zentrale „Scharnierfunktion“ Hindenburgs zwischen Kaiserreich und NS-Diktatur und seine damit verbundene Verantwortung für die Zerstörung der ersten deutschen Demokratie deutlich. Das Hindenburg'sche Leitbild von einer „geeinten Nation“ unter Ausschluss aller politisch Missbilligten (Liberale, Sozialdemokraten etc.) sei nahezu identisch gewesen mit dem nationalsozialistischen Volks-Begriff, der die ideologische Grundlage für millionenfachen Mord geboten habe. Der „Steigbügelhalter“ Hitlers sei als Namenspatron im öffentlichen Raum völlig ungeeignet. Es spreche kein einziges Argument mehr dafür, diesen aktiven Antidemokraten auf diese Weise zu ehren.

Durch die Umbenennung in „Platz der Menschenrechte“ hätte sich – so heißt es weiter in der Begründung – die Stadt Schleswig über die Landesgrenzen hinaus ein im allgemeinen Bewusstsein positives besetztes Alleinstellungsmerkmal geschaffen, das die Attraktion der „Kultur- und Rechtshauptstadt“ des Landes nur stärken könne. „Höchstwillkommen sollte die Symbolwirkung sein, wenn mit der Neubenennung des Hindenburgplatzes in Platz der Menschenrechte die mit der Namensgebung verbundene Idee – das Grundgesetz allen zivilisierten Zusammenlebens – gleichsam stationär und dauerhaft in der Stadt installiert wird.“<sup>3</sup>

Der Bürgermeister reichte diesen Antrag via Bauamt an den für diese Fragen zuständigen Bau- und Umweltausschuss weiter, der sich von Beginn an grundsätzlich offen für dieses Anliegen zeigte (sein Vorsitzender wörtlich: „Damit sollte man sich sachlich auseinandersetzen.“<sup>4</sup>) und zur Mei-

2. Leserbrief in den *Schleswiger Nachrichten*, 1.9.2009. – [www.shz.de/lokales/schleswiger-nachrichten/neuer-name-fuer-den-hindenburgplatz-id674871.html](http://www.shz.de/lokales/schleswiger-nachrichten/neuer-name-fuer-den-hindenburgplatz-id674871.html)

3. Aus der Antragsbegründung vom 17.1.2011.

4. *Schleswiger Nachrichten*, 4.11.2011.



Foto: Bernd Philippsen

Tempi passati: An dieser Stelle hängt inzwischen das Schild „Julius-Petersen-Straße“

nungsbildung die Rathausfraktionen CDU, SPD, Grüne, SSW und FDP einschaltete. Daraufhin beschloss der Fachausschuss in einer Sitzung am 14. Juni 2011, zu diesem Thema eine Einwohnerversammlung einzuberufen. An dieser Veranstaltung, die am 2. November 2011 im Ständesaal des Rathauses stattfand, nahmen laut Ausschussprotokoll 24 Personen teil, darunter sechs Anwohner des Hindenburgplatzes.

Nils Hinrichsen, Historiker aus Hamburg und langjähriges Mitglied im Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (Akens), war dazu eingeladen worden, um über die Kernthesen der Hindenburg-Biografie von Pyta zu referieren. Danach habe Hindenburg nicht – wie oft behauptet werde – aus Altersschwäche und geistiger Vergreisung Hitler gewähren lassen, sondern bei klarem Verstand auf die „Überwindung der Republik“ hingearbeitet. ai-Sprecher Christian Radtke unterstrich nochmals die Motive der Menschenrechtsorganisation und sagte: „Ein Festhalten an Hindenburg muss als Bekenntnis zu den von ihm vertretenen Ideen verstanden werden.“<sup>5</sup>

156

Die Diskussion wurde dominiert von Wortbeiträgen von Anwohnern des Hindenburgplatzes, die sich ausnahmslos für die Beibehaltung des

5. *Schleswiger Nachrichten*, 4.11.2011.

Namens aussprachen. Dafür plädierte abschließend auch Bürgermeister Dahl. Die Bezeichnung sei „einfach ein Name und keine Ehrung“, meinte er und zog laut Zeitungsbericht folgenden Vergleich: „Mit der Amselstraße ehren wir ja auch nicht die Amsel.“<sup>6</sup> Er regte an, das vorhandene Straßenschild zu ergänzen mit einer Informationstafel, auf der auf Hindenburgs zweifelhafte historische Rolle hingewiesen wird.

Als „unfassbar“ kritisierte ein Leserbriefschreiber den Amsel-Vergleich und fügte hinzu: „Nach der Dahl’schen Logik hätte man nach dem Zweiten Weltkrieg so auch Adolf Hitler nicht von den Straßenschildern verbannen müssen.“<sup>7</sup> In seinem Internet-Tagebuch griff Dahl das Thema erneut auf und resümierte: „Wenn man den Namen streicht, dann gerät ein Teil der Geschichte in Vergessenheit. Wenn der Name bleibt, werden sich auch spätere Generationen mit diesem Thema auseinandersetzen. Das ist mir wichtig, dass wir unsere Geschichte nicht vergessen.“<sup>8</sup>

Bei Leserbriefschreibern, die sich generell an der mehrmonatigen Diskussion über den Namen des Hindenburgplatzes beteiligten, überwog deutlich der Anteil jener, die Argumente gegen eine Umbenennung des Platzes vorbrachten. Heftig gestritten über pro und kontra Hindenburgplatz wurde auch in lokalen Internetforen, gelegentlich auch mit schrillen Anmerkungen. Auf der populären Webseite „Das virtuelle Klassentreffen in Schleswig“ wurden die Besucher aufgefordert, sich an einer Abstimmung zu beteiligen. 396 Voten wurden dort registriert, davon 84 Prozent gegen einen neuen Namen für den Platz, an dem Schubyastraße, Berliner Straße, Friedrich-Ebert-Straße und Amselstraße zusammenfließen.<sup>9</sup>

Dennoch rang sich der Bau- und Umweltausschuss am 31. Januar 2012 nach längerer Diskussion mit fünf Ja- und zwei Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen zu dem Grundsatzbeschluss durch, den Platz umzubenennen. Eine fünfköpfige, fraktionsübergreifende Kommission wurde mit der Namensfindung beauftragt. In dem Gremium wurden verschiedene Vorschläge diskutiert, schließlich folgte es mehrheitlich der Anregung von Alt-Bürgermeister Klaus Nielsky, den Platz nach dem einstigen Schleswiger Stadtbaurat Julius Petersen zu benennen. Für kurzzeitige Irritationen sorgte die Information, dass auch Petersen Mitglied der NSDAP gewesen sei. Doch habe er nie, so hieß es in der Kommission beschwichtigend, aktiv Meinungsmache für das nationalsozialistische Unrechtsregime betrieben.<sup>10</sup>

So lag den Mitgliedern des Bau- und Umweltausschusses in der entscheidenden Sitzung am 2. Oktober 2012 im Rathaus als Tagesordnungspunkt 5

6. *Schleswiger Nachrichten*, 4.11.2011.

7. *Schleswiger Nachrichten*, 8.11.2011.

8. <http://thorsten-dahl.blog.de/2011/11/02/diskussion-name-hindenburgplatz-12108954/>

9. <http://gerthams.de/category/strassen/neustadt/hindenburgplatz/>

10. *Schleswiger Nachrichten*, 16.10.2012.

ein konkreter Beschlussvorschlag auf dem Tisch: „Es wird beschlossen, die Straße Hindenburgplatz in Julius-Petersen-Platz umzubenennen.“ Nach kontroverser Debatte fiel das Abstimmungsergebnis denkbar knapp aus: viermal ja, dreimal nein, eine Enthaltung. Im Klartext: Die Umbenennung des Hindenburgplatzes in Julius-Petersen-Platz wurde mit Stimmen von SPD, SSW und Grünen beschlossen, einzig die CDU konnte der Empfehlung nicht folgen. Sie stellte grundsätzlich die Notwendigkeit einer Umbenennung in Frage.

Nun war die Verwaltung am Zuge. Sie hatte zunächst – wie vom Fachausschuss verlangt – die Anwohner des Hindenburgplatzes schriftlich über die Gründe zu informieren, die zu diesem Schritt geführt hätten. Für den Schlusspunkt der Namens-Affäre sorgten schließlich kurz darauf Mitarbeiter des städtischen Bauamtes, die die alten Straßenschilder gegen neue austauschten. Auf unsere aktuelle Nachfrage, was mit den abmontierten Hindenburg-Schildern geschehen sei, antwortete die Stadt, sie seien entsorgt worden. Und weiter: „Es handelte sich hier nicht um historisch wertvolle Schilder, die eine Archivierung rechtfertigen würden.“<sup>11</sup> In einer Wochenendglosse mokierten sich die *Schleswiger Nachrichten* Monate später darüber, dass die Verwaltung den Beschluss des Bau- und Umweltausschusses „still und heimlich“ umgesetzt habe, „als gerade niemand guckte“. „Jedenfalls hat der ehemalige Hindenburgplatz nagelneue Straßenschilder. Wir hätten es fast nicht bemerkt.“<sup>12</sup>

**Olaf Harning**

## **Der Bischof und die Juden**

Er war überzeugter Antisemit, förderndes Mitglied der SS und engagierte sich für Kriegsverbrecher. Doch obwohl Wilhelm Halfmann nie ernsthaft Reue zeigte, wurde er 1946 Bischof von Holstein, blieb das auch bis zu seinem Tod im Januar 1964 und ziert mit seinem Namen bis heute den Veranstaltungssaal des Landesvereins für Innere Mission in Schleswig-Holstein. Aber nicht mehr lange: Nach monatelanger Diskussion entschied sich der Vorstand des Diakonie-Vereins für eine Zäsur.

Für 260 Euro plus Kosten für Technik und Endreinigung ist er zu haben, der 343 Quadratmeter große Raum im holsteinischen Rickling (Kreis Segeberg). Hier hat der Landesverein seinen Sitz, hier steht auch

11. Schriftliche Auskunft der Stadtverwaltung vom 18.7.2014.

12. *Schleswiger Nachrichten* vom 2.3.2013.



Innen unverfänglich: Der „Bischof Halfmann Saal“ in Rickling

seine Tagungs- und Begegnungsstätte Fichtenhof – inklusive Bischof-Halfmann-Saal. Genutzt wird der Raum für Veranstaltungen der diakonischen Einrichtung selbst, aber auch von Anwohnern und der Gemeinde Rickling, die hier erst im Februar wieder ihren Jahresempfang abhielt.

Es war 1936, als Wilhelm Halfmann im Auftrag der Bekennenden Kirche eine zehnsseitige Schrift zur „Judenfrage“ veröffentlichte, Titel: *Die Kirche und der Jude*. Von den Nazis wegen ihrer Beschränkung auf einen theologisch begründeten Antijudaismus verboten, lieferte der Text dennoch genug Munition, um den NS-Staat in seinem Tun zu bekräftigen: „Tatsache ist“, so Halfmann damals, „daß die Juden das Christentum schädigten, wo sie nur konnten, und Tatsache ist, daß sie durch ihren Wucher das Volk bis auf's Blut aussogen“.

Daher müsse man aufgrund der „bald zweitausendjährigen Erfahrung mit den Juden“ sagen: „Der Staat hat recht. Er macht einen Versuch zum Schutze des deutschen Volkes [...], und zwar mit Billigung der christlichen Kirche.“ Das, was mit den Juden geschehe, so Halfmann nur Monate nach Inkrafttreten der Nürnberger Gesetze, „ist ein mildes Verfahren gegenüber dem, was Luther und viele andere gute Christen für nötig befunden haben.“ Den völkischen Antisemitismus der Nazis hielt er hingegen für naiv: „Die jüdische Gefahr“, schrieb Halfmann, „ist heute viel größer, als unsere Antisemiten ahnen.“



Foto: Olaf Harming/Info-Archiv Nordenstedt

Drastisch verkürztes Haltbarkeitsdatum: Bild und Schriftzug auf Abruf

160

Ernsthaft distanziert hat er sich von dieserlei Inhalten nie, ganz im Gegenteil: Als sich die Evangelische Kirche im Oktober 1945 mit dem „Stuttgarter Schuldbekennnis“ erstmals zu einer Mitschuld an den Verbrechen der Nationalsozialisten bekannte, kommentierte Halfmann bitter: „Wenn man aber jetzt unter Deutschen von Schuld redet, dann soll man bedenken, dass unser Volk sich im Zustand des Ermordetwerdens befindet.“ Die „feindliche Schuldpropaganda“ jedoch wirke nicht, da der Deutsche einfach frage: „Und die polnischen Greuel? Und der Bolschewismus? Und hier, unsere Bombenruinen?“ Auch nach seiner Ernennung zum Bischof des Sprengels Holstein verteidigte Halfmann den Kern seines Textes von 1936 und behauptete, er habe die Rassegesetze damals eher als „Schutzgesetze“ für die Juden betrachtet. Eine Annäherung kam für ihn zu keiner Zeit in Frage: „Ich kann die christlich-jüdische Verbrüderung auf humanitärer Basis, unter Eliminierung der Theologie, nicht mitmachen“, schrieb er noch 1960 an den Hamburger Landesbischof Karl Witte. Zu diesem Zeitpunkt hatte Halfmann mit Bittbriefen und Gnadengesuchen bereits zur Freiheit Dutzender Kriegsverbrecher beigetragen, unter ihnen SS-Arzt Karl Genzken, der wegen Menschenversuchen in mehreren Konzentrationslagern zu lebenslanger Haft verurteilt war.

Dennoch ist der Bischof wegen seiner Haltung erst 1958 in die Kritik geraten, als der SPD-Landtagsabgeordnete Joachim Steffen unter anderem

„Die Kirche und der Jude“ thematisierte. Für ernsthafte Konsequenzen brauchte es aber weitere 50 Jahre und die Itzehoer SchülerInnen Isabelle Tiburski (damals 15) und Marek Ehlers (16). Ende 2008 klappten sie die „Akte Halfmann“ im Rahmen eines Geschichtswettbewerbs wieder auf und stießen dabei unter anderem auf den Text von 1936. Wie die Kirche denn heute zum Antijudaismus des Bischofs stehe, wollten sie von Propst Thomas Bergemann wissen, und ob denn das Verwaltungsgebäude seines Kirchenkreises zu Recht nach Halfmann benannt sei. Die Reaktion des Propstes kam schnell: Im Februar 2009 wurde das „Wilhelm-Halfmann-Haus“ umbenannt.

Gut vier Jahre später tat man sich in Rickling nun ungleich schwerer mit einem solchen Schritt. Ausgelöst durch die Veröffentlichung des Buches „Neue Anfänge?“ am Buß- und Betttag 2013, in dem Historiker Stephan Linck den Umgang der Nordkirche mit NS-Verbrechen und ihr Nachkriegsverhältnis zum Judentum untersucht, entspann sich im Landesverein zwar eine lebhaft Diskussions über Halfmann und den nach ihm benannten Saal. Eine Umbenennung aber kam für den Vorstand des Diakonie-Trägers zunächst nicht in Frage: „Wir sprechen ja nicht über eine leere Fläche, die wir neu benennen müssen“, erklärte Direktor Rüdiger Gilde nach einer Sitzung im Februar. Obwohl er „heute nicht auf den Gedanken kommen würde, einen Saal nach Wilhelm Halfmann zu benennen“, wolle er den Namen nicht überhastet und auf Druck der Medien wechseln. Stattdessen beschloss der zwölköpfige Vorstand zunächst, eine Informationstafel zum Wirken Halfmanns anzubringen, um den Kirchenmann „in seiner ganzen Widersprüchlichkeit darzustellen“.

Den Ausschlag für die Kehrtwende gaben am Ende wohl mehrere Aspekte: Die nochmalige Auseinandersetzung der Vorstandsmitglieder mit den Schriften Halfmanns, zahlreiche Stellungnahmen von Mitgliedern und MitarbeiterInnen des Landesvereins, die mit großer Mehrheit für eine Umbenennung plädierten. Und zwei gut besuchte Veranstaltungen, mit Hilfe derer man sich der Person Halfmann näherte. Obwohl der Flensburger Historiker Klauspeter Reumann dabei zu dem erstaunlichen Urteil kam, Halfmanns Vorbehalte gegen Juden seien religiös, aber eben nicht rassistisch bedingt gewesen, sah Stephan Linck es als erwiesen an, dass der Kirchenmann den Antisemitismus der Nazis teilte. Ein Urteil, dem der Landesverein am Ende folgte: Zwar sei Halfmann weder zu unterstellen, dass er „Nazi-Theologe“ war, noch dass er die Ermordung der Juden gewollt oder befürwortet hätte. Sein mit völkischem Denken vermischter Antijudaismus aber, so Gilde in einer Rede am 8. September, sei ebenso kritisch zu bewerten, wie seine Anbiederung an NS-Organisationen und die Unfähigkeit, nach Kriegsende Reue zu zeigen.

„Auch unter dem Gesichtspunkt, Schaden für die diakonische Arbeit des Landesvereins zu vermeiden,“ habe sich der Vorstand am 25. Juni schließlich einstimmig dafür entschieden, den Veranstaltungssaal künftig nach dem dortigen Tagungshaus, dem Fichtenhof, zu benennen. Der Zusatz „vormals Bischof-Halfmann-Saal“ solle verhindern, dass die Geschichte des Raumes überdeckt wird, die Vergangenheit verschwindet. Wie mit dem Portrait des ehemaligen Bischofs und seinem Namenszug im Foyer des Saales umgegangen wird, will man erst im Februar 2015 diskutieren.

**Jörg Penning**

## **„... durch Zeitablauf seine Regelungskraft verloren“**

**Wie in der Stadt Quickborn eine Platzbenennung nach einem NS-Opfer wieder rückgängig gemacht wird**

Im September 1945 kündigte die britische Militärregierung an, beginnend auf der lokalen Ebene politische Selbstverwaltungsstrukturen zuzulassen und hierfür repräsentative Ratsausschüsse in den Gemeinden und dann in den Kreisen einzusetzen.<sup>1</sup> In der Landgemeinde Quickborn mit ihren 7.580 Einwohnern<sup>2</sup> wurden am 17. Oktober 1945 20 Gemeinderäte ernannt, unter ihnen vier Vertreter der KPD, acht Vertreter der SPD und acht Vertreter aus dem bürgerlichen Spektrum, die sich später zur CDU zusammenschlossen.<sup>3</sup> Themen der Gemeinderäte waren u.a. die Ernährungs- und Wohnsituation, die Entnazifizierung, die Neugestaltung der Selbstverwaltungsgremien und Namensänderungen im öffentlichen Raum, die ein neues politisches Selbstverständnis zum Ausdruck bringen sollten. In diesem Zusammenhang stand auch der „Horst-Wessel-Platz“<sup>4</sup> zur Umbenennung an.

Der kleine Grünbereich neben der Bahntrasse der AKN hieß ursprünglich Dorotheenpark<sup>5</sup> oder einfach „Gemeindeplatz“.<sup>6</sup> In den frühen Stunden des 5. März 1933 wurde hier der junge Kommunist Paul Warnecke von

1. Selbstverwaltung steht bevor. Ernannte Ratsausschüsse für Städte und Gemeinden, in: Neue Hamburger Presse. Wochenzeitung der Militärregierung für Gross-Hamburg und Umgebung vom 22.9.1945.

2. Laut Bevölkerungsstand vom 15.8.1945. Hierunter waren 4.463 altansässige Bewohner und 3.117 Fliegergeschädigte, Evakuierte und Flüchtlinge (Landesarchiv Schleswig-Holstein (LAS), Abt. 320.12 Nr. 178.)

3. LAS, Abt. 320.12 Nr. 69F.

4. Im Protokoll von 1946 ist „Horst-Wessel-Park“ aufgeführt (LAS, Abt. 320.12 Nr. 69F). Nach dem ursprünglichen Protokoll von 1933 wurde der Bereich jedoch „Horst-Wessel-Platz“ benannt (Stadtarchiv Quickborn (SAQ), Protokoll der Gemeindevertreter (ab 13.5.1927).

# Quickborn

## Ein Toter in Quickborn

— In der Nacht von Sonnabend auf Sonntag erfolgte ein Zusammenstoß zwischen einer Streife des Quickborner Haus- und Wertschutzes und einer Streife der kommunistischen Häuserschutzstaffel, wobei ein Kommunist getötet wurde.

Vergessene Spur: Zeitungsmeldung zur Ermordung von Paul Warnecke, März 1933

Nationalsozialisten erschossen. Wenige Wochen nach dieser Tat benannte die Gemeindevertretung das Areal am 25. April 1933 in „Horst-Wessel-Platz“ und die angrenzende Quickbornstraße (heute Harksheider Weg) in „Adolf-Hitler-Straße“ um.<sup>7</sup> Nach der Kapitulation stellte die SPD-Fraktion am 23. April 1946 im Gemeinderat den Antrag, diesen Platz in Anlehnung an das hier umgekommene NS-Opfer in „Paul-Warnecke-Platz“ umzubenennen. Einstimmig folgte der Gemeinderat dem Antrag – doch umgesetzt wurde er nie. Vielmehr geriet die Platzumbenennung in Vergessenheit, sodass der Grünbereich in der Bevölkerung fortan und bis heute als „Birkenwäldchen“ bekannt wurde.

68 Jahre später verwies die geschichtspolitische Initiative Selbstbewusstes Quickborn (ISQ) die Stadtverwaltung auf die beschlossene Umbenennung hin und bat um deren Umsetzung sowie um die Aufstellung eines Hinweisschildes, das die Ermordung des Paul Warnecke dokumentieren sollte. Die Stadtverwaltung mit Bürgermeister Thomas Köppl (CDU) an der Spitze befürwortete das Vorhaben, behielt sich jedoch vor, aufgrund einer gewissen Brisanz des Themas nicht vorschnell eine Beschilderung anzuordnen, sondern von der Ratsversammlung den Beschluss von 1946 im Rahmen eines Erinnerungsantrags bestätigen zu lassen. Sodann folgte am 8. Mai 2014 eine Vorbehandlung im Ausschuss für Bildung, Kultur und Freizeit, die auch von der einzigen noch in Quickborn lebenden Nichte von Paul Warnecke mitverfolgt wurde. Mit den Stimmen der SPD, der Grünen und eines Vertreters der CDU und bei Stimmenenthaltung dreier Vertreter aus CDU und FDP wurde der Antrag der ISQ schließlich mit vier Ja-Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen und als Beschlussempfehlung an die am 26. Mai 2014 anvisierte Ratsversammlung weiterverwiesen.

5. So in einem Schreiben des SS-Haupttruppführers Petersen vom 5.3.1933 (LAS, Abt. 352 Nr. 681). Benannt wurde der Platz nach Dorothea Brinkmann, der ehemaligen Grundeigentümerin dieses und des westlich der Bahnschienen liegenden Areals (Zeitzeugengespräch mit Peter Dwinger, Quickborn 15.3.2007).

6. *Quickborn-Haslober Tageblatt*, 27.4.1933.

7. SAQ, Protokoll der Gemeindevertreter (ab 13.5.1927).

Doch bis dahin hatte sich die CDU-Fraktion in der Frage der Platzbenennung neu aufgestellt und reichte einen Gegenantrag ein. Nach diesem sollte zwar eine Gedenktafel an das Ereignis erinnern, von einer Platzbenennung sei jedoch abzusehen. Aufschlussreich sind die Gründe, die Stadtrat Torn stellvertretend für die Fraktion auf der Ratsversammlung anführte: Zwar handele es sich bei der Tat vom 5. März 1933 um ein Verbrechen, aber es sei fraglich, ob der Beschluss von 1946 rechtskräftig zustande gekommen sei. Schließlich habe es sich bei dem Gemeinderat nicht um ein demokratisch gewähltes Gremium gehandelt, sondern um eines, das von den Briten eingesetzt wurde.

Darüber hinaus sei unklar, warum der Beschluss nicht umgesetzt wurde. Haben die Briten, so wurde gemutmaßt, diesen eventuell von sich aus wieder rückgängig gemacht? Um also dafür zu sorgen, dass in dieser Frage „endgültig Rechtsklarheit besteht“ (Andreas Torn), beantragte die CDU, den Beschluss ihrer Vorgänger von 1946 aufzuheben. Trotz eines eindringlichen Appells der SPD-Ratsmitglieder und der ISQ an die CDU-Fraktion, „sich und uns diese peinliche Situation zu ersparen“ (Olaf Nuckel, ISQ), stimmte die Ratsversammlung mit der Stimmenmehrheit der CDU und FDP dem Antrag der CDU zu. Der Fraktionsvorsitzende Klaus-H. Hensel schob in einer Mitteilung als weitere Begründung nach, dass „Namensgebungen nach Personen aber nur dann erfolgen sollten, wenn eine besondere Leistung für die Allgemeinheit gewürdigt werden soll.“<sup>8</sup> Diese „besondere Leistung“ schien hier nach Ansicht der CDU nicht vorzuliegen. Einfach nur erschossen werden kann ja jeder ...

Etwas Bewegung kam nach der Sitzung noch einmal dadurch in die Diskussion, dass offen im Raum blieb, ob mit der Zurücknahme des Beschlusses von 1946 der Ort jetzt wieder seine alte Bezeichnung „Horst-Wessel-Platz“ angenommen habe. Schnell reagierte die Stadt auf kritische Nachfragen der Presse und merkte hierzu an, dass der erste Teil des Beschlusses von 1946, nämlich die Umbenennung des „Horst-Wessel-Platzes“ in der Nachkriegszeit umgesetzt worden wäre, da diese Platzbezeichnung ab diesem Zeitpunkt nicht mehr in den Unterlagen vorzufinden sei. Somit habe dieser Beschlussteil eine Wirksamkeit entfaltet, die bei dem zweiten Teil des Beschlusses von 1946, also der Benennung des Platzes nach Paul Warnecke, nicht zu erkennen sei. Da hier eine Beschilderung oder ein Vermerk in den öffentlichen Unterlagen nicht erfolgte, sei von den nachfolgenden Gemeindevvertretungen ein „Vollzugsinteresse“ nicht mehr zum Ausdruck gebracht worden. Der Beschluss des Gemeinderats vom 23. April 1946 habe zudem „durch Zeitablauf seine Regelungskraft verloren“ (Bürgermeister Köppl).<sup>9</sup> Des Weiteren dürften nicht umgesetzte Beschlüsse aus der Vergangenheit

die Souveränität der heutigen Bevölkerung und ihrer gewählten Vertreter nicht beeinträchtigen.<sup>10</sup>

Ob diese Argumentationsmuster wohl auch zum Tragen gekommen wären, wenn Paul Warnecke nicht Kommunist gewesen wäre? Für die Stadt hätte es ein wichtiges Zeichen sein können, wenn erstmals ein öffentlicher Raum nach einem örtlichen Opfer des Nationalsozialismus offiziell und für jedermann sichtbar benannt worden wäre. Zwar ist in Quickborn eine gewisse Offenheit zu erkennen, der NS-Verfolgten zu gedenken, für eine Platz- oder Straßenbenennung, die ein stärkeres öffentliches Bekenntnis gegenüber den Verfolgten des Nationalsozialismus aus dem Ort zum Ausdruck gebracht hätte, als eine Gedenktafel es kann, war der Wille jedoch (bisher) nicht vorhanden.

Was bleibt, ist das Aufstellen einer Gedenktafel, die den hier 2009 für Paul Warnecke verlegten Stolperstein ergänzen wird. Es bleibt abzuwarten, ob sich hinsichtlich des Gedenktexes, der bis zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Berichtes noch nicht feststand, weitere Diskussionen ergeben.

## **Dietrich Stein**

# **Viermal Abschied von Gustav Frenssen. Straßenumbenennungen 2014 in Dithmarschen – und ihre lange Vorgeschichte**

## **1. Vier Umbenennungen 2014**

Am 8. April wurde in Heide die 1960 so benannte Gustav-Frenssen-Straße in Lilly-Wolff-Straße umbenannt. Das blaue Straßenschild trägt in weißer Schrift ihren Namen. Ein ebenfalls blaues Zusatzschild darunter informiert: „Jüdische Lehrerin an der Klaus-Groth-Schule und Schule Lüttenheid / Opfer des Nationalsozialismus (geb. 1896, 1943 für tot erklärt)“. Auf einem kleinen Zusatzschild darunter steht: „ehem. Gustav-Frenssen-Straße“.

Am 12. Juni wurde in Marne der 1969 so benannte Gustav-Frenssen-Weg in Rosenthalweg umbenannt, im „Gedenken an die jüdische Kaufmannsfamilie Justus und später Heinrich Rosenthal“

„Justus Rosenthal war um 1810 aus Ritzebüttel bei Cuxhaven nach Marne gekommen. Er kaufte 1847 die Ölmühle in Westerdeich, die sich im Besitz des dänischen Königs befand. Zudem betrieb er einen Manufaktur-

9. Birkenwäldchen noch immer ohne Namen. In: *Quickborner Tageblatt* 30.5.2014.

10. Ebd.

laden, in dem noch heute die Marner Zeitung untergebracht ist. Sein Sohn Heinrich führte die Geschäfte fort und wurde 1875 mit großer Mehrheit zum „Bauernschaftsgevollmächtigten“ (Ortsvorsteher) gewählt. Er sorgte u.a. dafür dass sich ein Zeitungsverleger in Marne niederließ. Außerdem wirkte er beim Bahnanschluss von St. Michaelisdonn nach Marne mit. 1880 zog Heinrich Rosenthal mit seiner Familie nach Hamburg.“

Am 13. August wurde in Brunsbüttel die 1960 so benannte Gustav-Frenssen-Straße in „Zur Mole“ umbenannt. Ein Zusatzschild unter dem Namen informiert: „Früher hieß diese Straße ‚Gustav-Frenssen-Straße‘, benannt nach dem Dichter Gustav Frenssen (1863–1945). Dieser stellte seine Begabung wissentlich und willentlich in den Dienst der Nationalsozialisten, bejahte die Ausgrenzung der Juden und trat für die Euthanasie ein. Daher wurde im Jahre 2014 die Umbenennung beschlossen.“

Am 17. Dezember wurde in Meldorf durch einstimmigen Beschluss der Stadtvertretung der in den 50er-Jahren so benannte Gustav-Frenssen-Weg in Siegfried-Lenz-Weg umbenannt. Bereits am 17. Juni hatte sich der zuständige Tourismus-, Wirtschafts- und Kulturausschuss mit großer Mehrheit für die Umbenennung ausgesprochen.<sup>1</sup>

## 2. Der ursprüngliche Namensgeber

Gustav Frenssen (1863–1945) wurde in Barlt/Süderdithmarschen geboren und wuchs dort auf. Sein Vater hatte als Tischler und Zimmerer einen eigenen Handwerksbetrieb. Die Mutter, zu deren Verwandten ein Pastor und ein Propst gehörten, kümmerte sich darum, dass die Kinder eine gute Schulbildung bekamen und damit die Möglichkeit, in akademisch-bürgerliche Berufe einzusteigen. Gustav Frenssen besuchte die Gymnasien in Meldorf und Husum, studierte nach dem Abitur 1886 in Tübingen, Berlin und Kiel Theologie. Nach dem Examen 1890 arbeitete er als Pastor in Nordeithmarschen. Im selben Jahr heiratete er Anna Walter (1871–1965).

Als Pastor in Hemme begann Frenssen zu schreiben und schaffte 1901 mit dem Roman *Jörn Uhl* seinen literarischen Durchbruch. Weitere Romane und Erzählungen folgten, mit denen Frenssen im Kaiserreich jahrelang zum meistgelesenen Schriftsteller avancierte – mit sehr hohen Auflagenzahlen. 1926 erschien sein autobiografisch und stark von Charles Dickens geprägtes Hauptwerk *Otto Babendiek*.

Der liberale Theologe war als Pastor ein guter Seelsorger und begabter Prediger. Schriftstellerische Vorbilder waren für ihn u.a. Theodor Storm, Wilhelm Raabe und Charles Dickens. Frenssen konnte sehr gut menschliche Probleme beschreiben. Zum Verhängnis wurden ihm seine Ideologiebeses-

1. Literatur und Quellen sind am Ende dieses Beitrags nachgewiesen.



Klassikerverehrung in des Dichters Heimat: Frenssen-Postkarte mit seinem Wohnhaus (ca. 1902)

senheit und seine Neigung zu radikalen, extremistischen Überzeugungen. Anfangs noch stark von sozialdemokratischen Anschauungen bestimmt, setzten sich sozialistische, antibürgerliche Tendenzen durch. Bis Anfang der 1920er-Jahre hatte Frenssen große Sympathien für die russischen Revolution, ab Anfang der 30er-Jahre schwenkte er zum Nationalsozialismus über. Völkisches, nationalistische Gedanken, Rassenideologie, Biologismus, der Bereich von Volkshygiene, Eugenik und Euthanasie, später auch Blut- und Bodenideologie, pseudoreligiöse Vorstellungen von artgemäßem Glauben überwucherten immer stärker das literarische Werk.

Frenssen, zu dessen Bekanntenkreis etliche jüdische Freunde gehört hatten und der ein Verehrer des deutschen Außenministers Walther Rathenau war, stand abseits, als er von Deutschlands Juden um Hilfe gegen die Übergriffe der Nationalsozialisten gebeten wurde. Er schrieb während der NS-Diktatur, die er als große antibürgerliche Revolution sah, im antisemitischen Sinn gegen die Juden und forderte ihre Ausweisung aus Deutschland. Frenssen, der mit seiner Erzählung *Der Pastor von Pogsee* 1921 sein Bekenntnis zur Demokratie geschrieben hatte, propagierte nun Führerkult und bedingungslose Hitlerverehrung, forderte die Ermordung – selbst benannte er das mit einem euphemistischen Begriff – von Behinderten, Straffälligen, Gegnern der NS-Diktatur, unheilbar Kranken, setzte sich für eine von allem Bürgerlichen entkernte nationalsozialistische Gesetzgebung ein.

Sein eigenes Leben führte Frenssen, der ab 1906 in Hamburg-Blankenese lebte und ab 1920 in seinem Elternhaus in Barlt, durchaus bürgerlich. Sein soziales Engagement vor allem in der Kaiserzeit und in der Weimarer Republik war stark. Er, der mit vielen Frauen bekannt war, galt anfangs als Sympathisant der Frauenbewegung. Aber der Frauenheld hatte doch ein mehr patriarchalisches Frauenbild, das mit den Jahren zum Bild von der Frau als Kindergebärerin für die NS-Volksgemeinschaft mutierte.

Frenssen, der mehr als einmal am Literaturnobelpreis vorbeischrämte, war nach 1933 weniger als Schriftsteller, mehr als Propagandist von Gedanken tätig, die gut ins Konzept der NS-Ideologie und NS-Diktatur passten. Das ist die selbstverschuldete Tragik in seinem Leben und Werk.

### **3. Frenssen nach 1945**

Es mutet äußerst seltsam an, dass Gustav Frenssen nach 1945 in der Bundesrepublik Deutschland zum beliebten Namensgeber für Straßen vor allem im Norden der Republik wurde. Wo Siedlungen errichtet wurden und neue Straßen entstanden, denen man Dichter- und Schriftstellernamen aussuchte zur Straßenbezeichnung, wurde Frenssen oft berücksichtigt. Die Gründe der Entscheidung für seinen Namen, die ja eine Ehrung bedeutete, was Vorbildcharakter hatte, sind schwer nachzuvollziehen. Ein Blick in die damaligen Akten lässt in der Regel erkennen, dass die Beschlüsse der Stadt- und Gemeindevertretungen formal waren. Man informierte sich nicht besonders über die Personen, deren Namen auf die Straßenschilder gesetzt wurden. Es reichte, dass sie – mehr oder weniger – bekannte Schriftsteller waren. Übrigens waren Schriftstellerinnen dabei in der Anzahl eher gering.

Die wissenschaftlich-sachliche Beschäftigung mit Frenssen, die Auseinandersetzung mit ihm und seinem Werk hielt sich nach 1945 in Grenzen. In der Öffentlichkeit degenerierte Frenssen mehr und mehr zum Heimatschriftsteller, eine Zuordnung, die er selbst immer vehement zurückgewiesen und als Beleidigung empfunden hatte. Zum 100. Geburtstag Frenssens 1963 nahm sich Arno Schmidt des „vergessenen Kollegen“ an, „ein unerledigter Fall“, wie er seinen Essay betitelte. Und der hat sich noch immer nicht erledigt. Das galt auch für die damit verbundenen Frenssen-Straßen.

### **4. Umbenennungsdiskussionen und Frenssen-Forschung seit den 1980er-Jahren**

In Dithmarschen war es 1983 soweit. Auf Anregung der Jungsozialisten, alle Frenssen-Straßen in Dithmarschen umzubenennen, kam es u.a. in Heide, Meldorf, Marne und Brunsbüttel zu verschiedenen Anfragen und

Aktionen. Anlass dazu war weniger der 120. Geburtstag Frenssens, der in der Presseberichterstattung überhaupt keine Rolle spielte, sondern das Gedenken an die „Reichspogromnacht“ im November 1938. Die Jusos hatten sich über Frenssens radikale ideologische Anschauungen informiert, mit denen er die NS-Diktatur unterstützt hatte. Aber die allgemeine Kenntnis von Frenssens Werk und Persönlichkeit war in der Öffentlichkeit und bei den Entscheidungsträgern eher gering.

In keiner der genannten Dithmarscher Städte kam es damals zu einer Umbenennung der Frenssen-Straße. Die teils öffentlich geführten Diskussionen ließen wenig Bereitschaft erkennen, sich dem Thema inhaltlich und sachlich zu stellen. Einige Leserbriefe waren in ihrer Pro-Frenssen-Argumentation von rechtem Gedankengut nicht frei. Aber außerhalb Dithmarschens – und dann auch hier – wurde das Thema weitergeführt. Frenssen-Straßen bekamen neue Namen, so 1985 in Elmshorn (Thomas Mann), 1986 in Hamburg-Blankenese (Anne Frank). In Hamburg gab es im Zusammenhang damit auch eine intensive sachliche Auseinandersetzung mit dem Werk Frenssens. Im selben Jahr bekam die Frenssen-Straße in Eckernförde den Namen von Käthe Kollwitz, 1991 jene in Schleswig den Namen von Matthias Claudius. In Kiel, Preetz, Bad Segeberg und anderen Orten kam es zu Diskussionen um die Umbenennung von Frenssen-Straßen.

Als ich 1988 von den Kirchengemeinden Barlt und Windbergen zu ihrem Pastor gewählt wurde, gelang es, aus Anlass des 125. Geburtstags von Gustav Frenssen im Oktober eine mehrtägige Veranstaltungsreihe unter dem Thema *Gustav Frenssen heute – Nachdenkliches zu seinem 125. Geburtstag* in Barlt und Windbergen durchzuführen. Darüber kam ich in Kontakt zu Frank Trende und Kay Dohnke, die an dem Projekt interessiert waren. Zudem schrieb Eva Rühmkorf – damals Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur in Schleswig-Holstein – ein Grußwort zu der kleinen Veröffentlichung, die aus Anlass der Veranstaltung erschien. Darin hebt sie den Gedenktag zur Reichspogromnacht vor 50 Jahren hervor und die Notwendigkeit, sich diesem furchtbaren Geschehen und seinen Folgen zu stellen. Und sie schreibt zu Gustav Frenssen: „Sein 125. Geburtstag am 19. Oktober ist Anlaß, sich kritisch mit ihm zu beschäftigen. Die kleine Veranstaltung in Barlt und die Broschüre sind ein erster Schritt in diese Richtung. Ich weiß, daß die Beschäftigung mit der Zeit des Nationalsozialismus selten emotionslos möglich ist, daß oft viele Fragen gestellt werden, von denen wiederum viele offen bleiben. Es ist jedoch, über 40 Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur, an der Zeit, sich vorbehaltlos mit dieser Epoche auseinanderzusetzen. So begrüße ich es, daß der Anfang einer kritisch-differenzierten Beschäftigung mit dem Schriftsteller Gustav Frenssen gemacht ist.“

Als Folge der Barlter Veranstaltung ergab sich ein Projekt, dessen Ergebnis der 1997 von Kay Dohnke und mir herausgegebene Studienband *Gustav Frenssen in seiner Zeit* war, an dem sich viele Fachleute beteiligten und der bis heute für die Beschäftigung mit Frenssen als Basis dienen kann.

Kay Dohnke und ich hatten 1996 und 1999 die Gelegenheit, die fortschreitende Diskussion um die Umbenennung von Frenssen-Straßen zu begleiten. In St. Peter-Ording gab es seit 1972 den Gustav-Frenssen-Weg. 1985 waren erste Überlegungen zu einer Umbenennung nicht weiterverfolgt worden. Erst 1995 begann eine in der Öffentlichkeit intensiv geführte Diskussion, veranlasst u.a. durch Kay Dohnkes Artikel *Märchenhafter Beginn und Ende im Alptraum – Heimatdichter und Nazipropagandist: Vor 50 Jahren starb Gustav Frenssen* am 11. April im *Flensburger Tageblatt*. In St. Peter-Ording forderte der Einwohner Gerhard Moss, Mitglied der VVN/BdA, „50 Jahre nach Kriegsende und der Befreiung vom Nationalsozialismus“ endlich den Gustav-Frenssen-Weg umzubenennen. Moss stammte aus einer Hamburger jüdischen Familie, seine Mutter und andere Familienmitglieder waren von den Nazis ermordet worden.

Auf Einladung der Universitätsgesellschaft referierten am 11. Oktober 1996 Kay Dohnke und ich in St. Peter-Ording über das zweite Werk Frenssens hinter dem ersten, also vor allem über dessen radikalen ideologischen und weltanschaulichen Vorstellungen, die er besonders nach 1933 massiv publizierte. Es dauerte noch bis zum 1. Januar 1999; erst seitdem führt die ehemalige Gustav-Frenssen-Straße in St. Peter-Ording einen neuen Namen – auf Anregung der Anwohnerschaft: Gorch-Fock-Weg.

Der Beschluss dazu war von der Gemeindevertretung am 5. März 1998 gefasst worden. Bis dahin hatte es heftige Diskussionen und Debatten gegeben, zahlreiche Leserbriefe und ein Bürgerbegehren, veranlasst durch eine Unterschriftensammlung durch Anlieger des Gustav-Frenssen-Wegs, das zu einem Bürgerentscheid am 30. Oktober 1997 führte. Das notwendige Quorum von 25 Prozent wurde nicht erreicht. 18,59 Prozent der Stimmen (595) waren für die Beibehaltung des Namens. 558 hatten für die Umbenennung votiert.

In Bad Oldesloe hatte die Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 1963 einstimmig bei einer Enthaltung in einem Gesamtpaket die Straßennamen in vier Baugebieten festgelegt, darunter im Baugebiet Nr. 26 – Bierfeld – die Gustav-Frenssen-Straße. Eine Information über den Namensgeber scheint nicht stattgefunden zu haben. Vermutlich hat es eine Rolle gespielt, dass 1963 der 100. Geburtstag Frenssens war. 1999 wurde seitens der Stadt über eine Umbenennung der Straße nachgedacht.

Vor allem die damalige Bürgerworthalterin Ilse Siebel setzte sich dafür ein und lud zu einer Veranstaltung zum Thema „Gustav Frenssen in sei-

ner Zeit..... und heute?“ am 11. März in die Stadtbücherei von Bad Oldesloe ein. Schon vorher wurde in der Öffentlichkeit darüber diskutiert und auch Stimmung gegen die Veranstaltung gemacht. So erschien in den *Lübecker Nachrichten* ein Leserbrief, dessen Verfasser sich vehement gegen Überlegungen zu einer Straßenumbenennung aussprach, weil „Oldesloer Bürger“ 1963 die Straße nach Frenssen benannten „und damit den dithmarscher Heimatdichter ehrten und nicht den angeblichen Naziliteraten, der er nicht war.“ Als Referenten waren Kay Dohnke und ich am 11. März eingeladen worden. Wir haben über Frenssens Persönlichkeit und Werk insgesamt informiert. Es war aber schwierig, an jenem Abend ein sachliches Gespräch zu fördern. In der Folge gründete sich eine Bürgerinitiative „Gustav-Frenssen-Straße in Bad Oldesloe bleibt!“, die zu einer sachlichen Auseinandersetzung wenig beitrug, mich und Kay Dohnke zu Pseudowissenschaftlern erklärte, den Frenssen-Studienband als „Politische Streit- und Schmähchrift“ einstufte und Gustav Frenssen zum Ludendorffer machte, der damit nach ihrem Verständnis ein Gegner der Nationalsozialisten und niemals ihr Weggefährte gewesen sei. Entsprechende Belege dazu wurden nicht geliefert, weil es keine gab. Als die Oldesloer Stadtverordnetenversammlung am 5. Juli 1999 mehrheitlich die Umbenennung der Gustav-Frenssen-Straße in Ernst-Barlach-Straße beschloss, strengte die Bürgerinitiative dagegen eine Klage an, die aber zurückgewiesen wurde. Auf ein Bürgerbegehren wurde verzichtet.

Im Kieler Ortsteil Pries wurde am 29. September 2011 die Frenssen-Straße umbenannt. Da die Straße vom Reddinskamp geteilt wird, bekam jedes Teilstück einen eigenen Namen: Ringelnatzstraße und Gudegastkoppel. Auf einem Extraschild wird informiert: „Früher hieß diese Straße ‚Frenssenstraße‘, benannt nach dem Dichter Gustav Frenssen (1863–1945). Dieser stellte seine Begabung wissentlich und willentlich in den Dienst der Nationalsozialisten, bejahte die Ausgrenzung der Juden und trat für die Euthanasie ein. Daher beschloss die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel im Jahre 2011 die Umbenennung.“

## **5. Und wieder Dithmarschen: Umbenennungen in Heide, Brunsbüttel, Marne und Meldorf 2014**

**Heide:** Der Anstoß für die Umbenennung der Gustav-Frenssen-Straße kam 2012 von Berndt Steincke in Absprache mit der Stiftung gegen Gewalt und Extremismus in Heide und Umgebung. Steincke leitete jahrelang zusammen mit Klaus Steinschulte die Stiftung und arbeitet bis heute im Vorstand mit. Bei der ersten Umbenennungsdiskussion 1983/84 hatte er als Magistratsmitglied gegen die Umbenennung gestimmt. Seitdem hatte er



Öffentlicher Diskurs: Einladung zu einer Veranstaltung im Gymnasium Heide-Ost

sich intensiver mit Frenssen beschäftigt. Bei der Umbenennung der Carl-Diem-Sporthalle in Helmut-Lantzke-Halle hatte er sich engagiert, ebenso als es um die Frage ging, ob in der Bildergalerie der Bürgermeister der Stadt Heide auch ein Foto von NS-Bürgermeister Karl Herwig aufgehängt werden sollte (man entschied sich für eine Infotafel über Herwig).

Berndt Steincke konnte im Gymnasium Heide-Ost den Lehrer Dr. Matthias Duncker gewinnen, 2013 mit der Klasse 13m ein Projekt zum Thema „Gustav-Frenssen-Straße“ zu machen. Neben Steincke begleitete Propst Dr. Andreas Crystall das Projekt. Ich hatte Gelegenheit, die Schülerinnen und Schüler durch das Frenssen-Haus in Barlt zu führen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Die Offenheit und das Wissen der jungen Menschen waren beeindruckend.

Über das Projekt informierte die *Dithmarscher Landeszeitung (DLZ)*. Am 17. Dezember 2013 wurde als Ergebnis die „Erörterung“ im Gymnasium öffentlich vorgestellt und fast durchweg anerkennend aufgenommen. Der NDR machte Aufnahmen und berichtete. Am 19. Dezember wurde die Erörterung Bürgermeister Ulf Stecher übergeben. Die kommunalen Gremien signalisierten recht bald Bereitschaft, die Gustav-Frenssen-Straße umzubenennen. Federführend wurde in der Folgezeit der Bauausschuss.

Das Interesse der Anwohner hielt sich in Grenzen, eine Anwohnerversammlung am 10. Februar 2014 war schlecht besucht. Am 19. Februar gab die Ratsversammlung grünes Licht für die Umbenennung, am 20. war Frenssen Thema im Offenen Kanal. Im Juni benannte die Stadt Heide die Gustav-Frenssen-Straße in Lilly-Wolff-Straße um.

In der *DLZ* wurde über die Entwicklung der Angelegenheit laufend berichtet. Es gab ziemlich viele Leserbriefe. In einem halboffiziellen Brief vom 28. November 2013 an Matthias Duncker und Berndt Steincke nahm ein Hemmingstedter Ehepaar Stellung gegen eine Umbenennung. Es merkte an: „Wir sind sowohl von den weltanschaulichen als auch von den politischen Erkenntnissen des Ehepaars Ludendorff überzeugt.“ Sie verteidigten Frenssens ethische und religiöse Anschauungen, die sie offensichtlich mit Anschauungen der Ludendorffer in Einklang zu bringen suchten, wie sie sich finden in Äußerungen des Bundes für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.

Am 27. Dezember 2013 erschien in der *DLZ* ein Leserbrief pro Frenssen-Straße, für dessen Veröffentlichung der Deutsche Presserat der *DLZ* eine Rüge erteilte, da er „die publizistischen Grundsätze nicht ausreichend beachtet hat sowie eine wahrheitswidrige Behauptung enthielt“ (*DLZ* vom 25. März 2014). Für die Veröffentlichung eines Leserbrief vom 9. Dezember 2013, der die namentlich genannten Befürworter der Umbenennung der Frenssen-Straße mit Nationalsozialisten verglich, wurde der *DLZ* vom Deutschen Presserat eine Missbilligung ausgesprochen. Der in Sachen Frenssen sehr versierte Schriftsteller Heiner Egge rief in seinem moderaten Leserbrief am 18. Januar 2014 dazu auf, Frenssen auch wirklich zu lesen, und erinnerte an Arno Schmidts Beschäftigung mit Frenssen und das qualitativ gute, von Frenssens inhumanem Radikalismus und Ideologiebesessenheit nicht überwucherte schriftstellerische Werk. In anderen Leserbriefen wurde deutlich gemacht, dass Frenssen mit seinen vor allem nach 1931 geäußerten Überzeugungen „kein Vorbild, sondern für alle Zeiten verabscheuungswürdig“ ist, so in einem Leserbrief aus Büsum vom 25. Februar 2014. Etliche machten sich Gedanken über neue Namen. Namen von Frauen wurden vorgeschlagen, auch weil Heide nur wenig solcher Straßen hat.

Die Straßenumbenennungsdiskussion wurde sehr ausführlich und umfassend in dem Internetblog [pro-mann-strasse-heide.blogspot.de](http://pro-mann-strasse-heide.blogspot.de) dokumentiert und kommentiert, nicht nur für Heide, sondern auch darüber hinaus. Der Blog ist sehr empfehlenswert. Sein Verfasser ist Florian Dunklau, „gebürtiger Heider“ und „wissenschaftlicher Mitarbeiter für Jüdische Studien an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg“. Auch Facebook wurde genutzt, in der Regel dort für eine Umbenennung votiert und das Tagesgeschehen kommentiert, etwa die Einladung der Stadt zur Anwohner-

versammlung: „... die Hälfte derer, die in der g.-f.-straße wohnen, verstehen nur wenig deutsch... die wissen doch fast gar nicht, was überhaupt los ist... dann sind da noch die, die zu Fuß nicht mehr in die Stadt kommen und die, die es wirklich nicht interessiert... der Rest wird wohl dasein...“ Immerhin, an der Namensenthüllung für die Lilly-Wolff-Straße am 11. Juni nahmen spontan gut 30 Anwohnende teil.

Die Diskussion in Heide wurde auch auswärts sehr aufmerksam wahrgenommen. Am 5. Juni war der Lehrer Sönke Zankel mit Schülerinnen und Schülern vom Ludwig-Meyn-Gymnasium Uetersen in Heide, um sich zu informieren und ein Video für Uetersen TV zu drehen. Die Gespräche im Rathaus waren spannend, ich konnte mit dabei sein. Als ich vom Frenssen-Haus in Barlt und Führungen dort erzählte, meinte ein Schüler vorwurfsvoll, man dürfe kein Frenssen-Museum zulassen, das müsse geschlossen werden. Ich konnte ihn beruhigen. Es gibt kein Frenssen-Museum, sondern das Haus, das der Familie gehört und auch wohnlich genutzt wird. Und die Führungen dienen nach dem Willen der Familie dazu, über das Haus zu informieren und sich vor Ort sachlich und kritisch mit Frenssen, seiner Zeit und unserer Geschichte auseinanderzusetzen.

Wie die Diskussion um die Frenssen-Straßen-Umbenennung in Heide selbst bewertet wurde, lässt der Kommentar von Dana Müller in der *DLZ* vom 9. April 2014 erahnen: „Auch wenn es in den politischen Gremien nicht so deutlich wurde: Es war eine heftige Debatte, die von den Schülern mit ihrer Arbeit über Frenssen angestoßen wurde.“

In Leserbriefen wurde das klar, aber auch im Internet und in den Gesprächen von Bürgern mit Kommunalpolitikern. Und nicht immer wurden dabei nur sachliche Argumente für die Beibehaltung des Namens genannt. Natürlich kann man sich auf den Standpunkt stellen, dass die Umbenennung der Straße eben nicht die Erinnerungskultur beflügeln sollte. Und natürlich kann man der Meinung sein, dass die literarischen Leistungen Frenssens wichtiger seien als seine Weltanschauung. Aber viel zu oft fielen auch Äußerungen, die gut in die politischen Verhältnisse der Zeit von 1933 bis 1945 gepasst hätten. Vor diesem Hintergrund hat die Diskussion mehr bewegt als nur die Änderung eines Straßennamens. Niemand kann jetzt mehr behaupten, dass der braune Geist seit 1945 nicht mehr in den Köpfen spukt.“

**Brunsbüttel:** Am 8. Oktober 2013 hielt ich in der Brunsbütteler Buchhandlung Schopf vor einem erstaunlich großen Publikum einen Vortrag über *150 Jahre Gustav Frenssen: Großer Dichter oder alter Nazi – oder beides?* In der anschließenden Diskussion fragte mich Jens Binckebanck, Brunsbütteler und Gymnasiallehrer, der auch über Frenssen arbeitet, wie ich zu

den Frenssen-Straßen stünde. Ich sagte ihm das, was schon im Vorwort zum Frenssen-Studienband so steht: „Gustav Frenssen ist kein Mann für Straßenbenennungen.“ Im weiteren Gespräch meinte er, dass es an der Zeit sei für die Umbenennung der Brunsbütteler Frenssen-Straße. Ein erster Versuch, dies dort zu erreichen, war 1983 erfolglos geblieben. Jörg Halusa hatte sich damals für die Umbenennung eingesetzt. Im Januar 2014 hielt Jens Binckebanck einen Vortrag über Frenssen beim Verein für Brunsbütteler Geschichte. Das hatte direkte Folgen, zumal vor dem Hintergrund der Heider Ereignisse. In den Fraktionen war die Frage der Umbenennung der Frenssen-Straße Thema ebenso wie in der Verwaltung, wo Bürgermeister Stefan Mohrdieck sich sehr engagierte. So wurde von der Stadt Brunsbüttel zum 12. März zu einer Anwohnerversammlung eingeladen.

Auf dieser Versammlung, an der Bürgervorsteherin Karin Süfke und Bürgermeister Mohrdieck teilnahmen, informierte der Historiker Martin Gietzelt, Leiter der VHS in Dithmarschen, über Gustav Frenssen. Die sich anschließende Diskussion wurde sehr kontrovers geführt. Schließlich kam es zu einer Abstimmung, an der sich nur die Anwohner der Gustav-Frenssen-Straße beteiligen sollten. Von 45 Leuten, die sich beteiligten, waren 43 gegen eine Umbenennung. Im Bericht der *DLZ* vom 14. März heißt es abschließend: „Der Bildungsausschuß will sich nun damit noch einmal befassen. Es wird aber damit gerechnet, dass das Votum der Anwohner nicht in Frage gestellt wird.“

Am 19. März wurde in der *DLZ* ein Leserbrief abgedruckt, der trotz des negativen Votums auf der Anwohnerversammlung für eine Umbenennung der Frenssen-Straße plädierte und das auch mit zwei beispielhaften radikalen Frenssen-Zitaten begründete. Am 26. März brachte die Fraktion der Grünen auf der Ratsversammlung einen ausführlichen Antrag zur Umbenennung ein. Der Bildungs- und Kulturausschuss hatte nun die Aufgabe, sich um die Angelegenheit zu kümmern und eine Entscheidung zu treffen. Am 29. März erschien in der *DLZ* eine große vierspaltige Anzeige von Jens Binckebanck mit der Überschrift „Warum die Gustav-Frenssen-Straße umbenennen?“

Der Text entspricht dem drei Tage zuvor in der Ratsversammlung gestellten Antrag der Grünen-Fraktion, den Jens Binckebanck verfasst hatte. Dort heißt es: „Mit der Benennung einer Straße nach einer Persönlichkeit soll diese für ihre Verdienste geehrt und ihr Andenken in der Erinnerungskultur verankert werden.“ Dass darum Frenssen für einen Straßennamen nicht in Frage kommt, wird mit Hinweis auf die Ergebnisse der Frenssen-Forschung und einigen Beispielen zu Frenssens radikalen inhumanen Anschauungen und seine Verstrickung in NS-Ideologie und -Diktatur verdeutlicht. Ausführlich widmet sich Binckebanck dem Sinn

der Straßenbenennung nach Persönlichkeiten, um dann den „Entzug der Ehrung Gustav Frenssens als Straßennamensgeber“ zu fordern. Er geht auf die Bedenken von Anwohnern und anderen ein und schlägt einen Zusatztext beim neuen Straßenschild vor, wobei er den Zusatztext im Kieler Orts- teil Pries als Vorbild vorschlägt und zitiert.

Auf der nächsten Sitzung des Bildungs- und Kulturausschusses wurde über den Antrag der Grünen-Fraktion beraten und abgestimmt. Entsprechend dem Ergebnis – sechs Stimmen für Umbenennung, eine dagegen, zwei Enthaltungen – wurde die Umbenennung beschlossen. In den folgenden Wochen gab es mehr als 20 Namensvorschläge aus der Bevölkerung. Die Stadtverwaltung teilte mit, dass sie den Anwohnern so weit wie möglich die mit der Umbenennung verbundenen Verwaltungskosten fernhalten wolle. Der Bildungs- und Kulturausschuss beschloss auf seiner Sitzung am 14. Mai, dass die Anwohner ab 16 Jahren über die Vorschläge abstimmen sollten, die keine Personennamen enthielten. Daraufhin wurden die Anwohner von der Stadtverwaltung angeschrieben. Aus 15 Vorschlägen sollten sie jeweils ihren Favoriten aussuchen. Von 103 angeschriebenen Anwohnern schickten 89 den Abstimmungsbogen zurück. Etliche hatten ein Extrakästchen eingezeichnet, auf dem der alte Name stand und den angekreuzt. Von den 70 gültigen Stimmzetteln hatten 35 den Vorschlag „Zur Mole“ favorisiert, 21 „Zum Elbblick“, neun „Elbchaussee“, vier „Schleusenkippe“ und einer „Kapitänsstraße“. Der Bildungs- und Kulturausschuss beschloss auf seiner Sitzung am 13. August einstimmig, den Gustav-Frenssen-Weg mit Wirkung vom 1. November in „Zur Mole“ umzubenennen und, bei einer Gegenstimme, mit einem informierenden Zusatzschild – entsprechend dem Vorbild in Kiel – zu versehen.

**Marne:** Auf Einladung des Fördervereins „Heimatmuseum Marnar Skatclub von 1875“ e.V. referierte ich am 10. März 2014 auf der Jahreshauptversammlung über Gustav Frenssen. Und es ging dabei auch um die Frenssen-Straßen. In einem am 26. März in der *DLZ* veröffentlichten Interview sagte Marnes Bürgermeister Hans-Joachim Möller, dass nach seiner Meinung Frenssen den „nationalsozialistischen Idealen immer näher gerückt ist“. Die Diskussion um den Straßennamen müsse geführt werden. Am 8. Mai lagen der Stadtvertretung bei ihrer Sitzung zwei Anträge zur Umbenennung des Gustav-Frenssen-Weges vor, von der Linken – die hatten bereits Mitte März den Antrag gestellt, der jedoch im falschen Ausschuss gelandet war – und von der SPD. Mehrheitlich wurde der Beschluss gefasst, die Anträge zuerst dem zuständigen Ausschuss für gesellschaftliche Angelegenheiten zu überweisen. Dieser Ausschuss trat am 3. Juni zusammen und empfahl einstimmig der Stadtvertretung, den Gustav-Frenssen-Weg umzubenennen.

Auch über neue Benennungen wurde gesprochen. So wurde von Seiten der Anwohner „Jörn Uhl“ – der Titel von Frenssens Erfolgsroman – vorgeschlagen. Ein Stadtvertreter empfahl die in Marne im 19. Jahrhundert ansässige Familie Rosenthal. Der Ausschuss gab hier aber keine Empfehlung. Einstimmig wurde empfohlen, die Anwohner an der Namensgebung zu beteiligen.

In der Sitzung am 12. Juni waren dann der Gustav-Frenssen-Weg und seine beantragte bzw. empfohlene Umbenennung Tagesordnungspunkt. Die *DLZ* berichtete zwei Tage später ausführlich über die Debatte und zitierte u.a. Stadtvertreter Lorenz Matzen mit den Worten: „Wenn wir schlauer geworden sind und einen Erkenntniszuwachs haben, ist es der falsche Weg, nicht zu handeln.“ Im Übrigen habe Möller die drei Bewohner in der Straße befragt. „Sie haben alle gesagt, dass eine Umbenennung aus ihrer Sicht nicht sein müsse. Aber sie haben Verständnis geäußert für die neuen Ansichten und hätten nichts dagegen.“ Bürgermeister Möller selbst bezog sehr eindeutig Stellung, wie aus dem mitgeteilten Zitat hervorgeht: „Es wäre eine Schande, wenn der Weg nach dieser Diskussion so bleibt. Mit dem Wissen von heute würde ich mich schämen, wenn es den Straßennamen noch gibt.“ In der Abstimmung votierten zehn Mitglieder der Stadtvertretung für die Umbenennung (SPD, Die Linke und drei KVV), einer war dagegen (CDU), und acht enthielten sich (CDU und eine KVV).

Reinhard Geschke von der *DLZ*, der auch den Bericht verfasst hatte, kommentierte die Abstimmung mit den Worten: „Das war kein Ruhmesblatt für die Stadt Marne“ und sprach die Hoffnung aus: „Somit könnte der Fall Frenssen, bei dem Marne wahrlich nicht Vorreiter war, ein Startschuss für die Aufarbeitung der hiesigen Nazi-Zeit sein.“ Der dem Umbenennungsbeschluss folgende Beschluss über den neuen Namen war eindeutig: Mit 15 zu vier Stimmen wurde Lorenz Matzens Vorschlag „Rosenthalstraße“ angenommen.

Im November wurden die Anwohner von der Stadtverwaltung angeschrieben, über die neue Situation und die Familie Rosenthal informiert. Bei den notwendigen Änderungen leistete die Stadt Marne unentgeltlich Hilfe. Im Januar 2015 wird das neue Namensschild angebracht.

**Meldorf:** Am 24. März 2014 wurde in Meldorf öffentlich über die mögliche Umbenennung des Gustav-Frenssen-Wegs debattiert – auf der Sitzung des für solche Fragen zuständigen Tourismus-, Wirtschafts- und Kulturausschusses (TWKA). Neben Bürgermeisterin Anke Cornelius-Heide waren als Gäste zum Tagesordnungspunkt der Meldorfer Martin Gietzelt, Historiker und Leiter der VHS Dithmarschen, und der Lehrer Jens Binckebanck aus Brunsbüttel anwesend. Martin Gietzelt informierte über Gustav Frenssen,

vor allem anhand Andreas Crystals *Gustav Frenssen. Sein Weg vom Kulturprotestantismus zum Nationalsozialismus* und des Frenssen-Studienbandes von 1997. Interessant seine These, „dass die Verhältnisse in Dithmarschen nach der Nazizeit durch Verdrängung der Tatsachen geprägt waren, was auch ein Grund für die Anerkennung Frenssens durch den Straßennamen sein könnte“ (so laut Sitzungsprotokoll).

Die Frage, ob es berechtigt sei und demokratischen Gepflogenheiten entspreche, Straßennamen zu ändern, wenn neue Erkenntnisse sich ergäben, wurde von den meisten mit Zustimmung beantwortet. Jens Binckebanck wies darauf hin, dass der Weg am ehemaligen Krankenhaus entlangführt, wo während der NS-Diktatur Zwangssterilisationen vorgenommen wurden, wie sie auch Frenssen 1942 im 74. Kapitel seiner *Lebenskunde* forderte. Eine Frau war damals bei einer Zwangssterilisation in Meldorf ums Leben gekommen. Beide Gäste berichteten von ihren Erfahrungen aus den Umbenennungsdiskussionen in Heide und Brunsbüttel.

In der sich anschließenden Debatte über das Für und Wider der Umbenennung wurde herausgestellt, dass die Stadt Meldorf dafür zuständig sei und nicht die Anwohner. Denn nicht sie, sondern die Stadt habe Gustav Frenssen mit der Straßenbenennung geehrt. So liege die Verantwortung bei der Stadtvertretung. Allerdings waren sich die Ausschussmitglieder darin einig, dass die Anwohner mit ins Boot geholt werden müssten.

Am 17. Juni beschloss der TWKA mit sieben zu zwei Stimmen die Umbenennung des Gustav-Frenssen-Weges. Nach einem entsprechenden Beschluss des TWKA vom 29. September kam es am 10. November zu einem Treffen mit den Anwohnern des Gustav-Frenssen-Weges. Mit einem großen Foto von dem Treffen und einem ausführlichen Artikel berichtete die *DLZ* zwei Tage später darüber. Der TWKA Vorsitzende Bernd Wichelmann informierte die Anwesenden über den Stand der Dinge. Auf die Umbenennung in Heide, Brunsbüttel und Marne wurde hingewiesen. Natürlich war Gustav Frenssen selbst Thema. Verschiedene Namensvorschläge wurden gemacht.

Da am Weg eine Einrichtung der „Stiftung Mensch“ für Behinderte liegt, war auch Dorothee Hunfeld vom Vorstand der Stiftung gekommen. Sie informierte – auch mit Szenen aus einem Dokumentarfilm – über den menschenverachtenden Umgang mit Behinderten in der NS-Diktatur. Als Beispiele nannte sie zwei Kinder aus Dithmarschen, Heinke Hoffmann und Lisa-Maria Ruthmann, die damals in der Psychiatrie Hamburg-Rothenburgsort ermordet wurden, und schlug vor, den Weg nach Heinke Hoffmann zu benennen.

Zum Ende des Treffens, an dem auch Bürgermeisterin Anke Cornelius-Heide teilnahm, verwies Bernd Wichelmann noch einmal auf die Entschei-

dungsverantwortung des WTKA und der Stadtvertretung, sagte aber auch, dass man mit den Anwohnern eine möglichst einvernehmliche Entscheidung herbeiführen wolle.

Am 20. November beschloss der TWKA mit fünf Ja-Stimmen bei drei Enthaltungen, der Stadtvertretung zu empfehlen, den Weg nach Siegfried Lenz (1926–2014) zu benennen. Es waren zwei Vorschläge eingegangen – Gerda Nissen (Vorschlag der SPD) und eben Siegfried Lenz (Vorschlag der WMF/Wählergemeinschaft Meldorf Freunde), über die ausführlich informiert wurde. In der Sitzungspause vor der Abstimmung hatte Dorothee Hunfeld von der Stiftung Mensch noch einmal auf ihren Vorschlag hingewiesen, den sie auf dem Treffen mit den Anwohnern gemacht hatte. Das fand inhaltlich seinen Niederschlag in dem Beschluss des TWKA: „Mit der Umbenennung soll(en) eine Gedenktafel sowie zwei Stolpersteine an geeigneter Stelle installiert werden.“ Und zur Einwohnerfragestunde wurde protokolliert. „Herr Jens Binckebanck aus Brunsbüttel schlägt vor, im Rahmen der Umbenennung des Gustav-Frenssen-Weges die Wanderausstellung „erfasst, verfolgt, vernichtet; Kranke und Behinderte Menschen im Nationalsozialismus“ nach Meldorf zu holen. Der Ausschuss begrüßt diese Möglichkeit und wird sich im Rahmen der Umbenennung des Gustav-Frenssen-Weges hiermit beschäftigen.“

Die nächste Sitzung der Stadtvertretung fand am 17. Dezember 2014 statt. Unter Tagesordnungspunkt 10 ging es um die Namensänderung des Gustav-Frenssen-Weges. Stadtvertreter und Vorsitzender des TWKA, Bernd Wichelmann, erstattete Bericht. Im Protokoll heißt es dann: „Es erfolgt eine Aussprache im Gremium, bei der einvernehmlich eine Namensänderung in Siegfried-Lenz-Weg vorgeschlagen wird.“ Bei der Abstimmung votierten alle anwesenden Mitglieder der Stadtvertretung – 15 von 19 – für diesen Vorschlag. Damit wurde einstimmig der Gustav-Frenssen-Weg in Siegfried-Lenz-Weg umbenannt.

## **6. Frenssen erledigt sich ebenso wenig wie unsere Geschichte**

1983 hatte es in Dithmarschen die ersten Diskussionen zur Umbenennung von Frenssen-Straßen gegeben. Nach über 30 Jahren nun die Umbenennungen. In der Zwischenzeit wurden in anderen Städten Frenssen-Straßen umbenannt, wurde die sachliche und wissenschaftliche Beschäftigung und Auseinandersetzung mit Gustav Frenssen und seiner Zeit intensiviert. Die Benennung von Frenssen-Straßen in den 1950er und 1960er Jahren zeigt, wie lange solche Auseinandersetzung und Beschäftigung eher verdrängt wurde. Damit einher war die Vergartenzwergung Frenssens zum harmlosen Heimatschriftsteller gegangen.

Das begann sich spätestens 1983 mit dem Beginn der Umbenennungsdiskussion zu ändern. Im Januar 1984 hatte in Heide Bernd Steincke als CDU-Magistratsmitglied den Umbenennungsantrag von SPD und Jungsozialisten mit folgenden Worten abgelehnt: „Angesichts eines Irrweges einer ganzen Nation im Nationalsozialismus ist es schwer, eine gerechte Grenze dort zu ziehen, wo viele Menschen lediglich Mitläufer waren, andere aber mit politischem Einfluß den Nationalsozialismus und seine Ziele förderten.“ Das lässt auch erkennen, dass damals parteipolitische Interessen über Sachinteressen gestellt wurden bei der Umbenennungsdiskussion und dass das Wissen über Frenssen, den man zum harmlosen Heimatschriftsteller gemacht hatte, sich sehr in Grenzen hielt.

Besonders erschreckend damals war damit einhergehend auch eine Verharmlosung der Zeit der NS-Diktatur und des Nationalsozialismus, was sich an Leserbriefen zeigte wie dem am 28. November 1983 in der *DLZ* abgedruckten: „Was soll das Gerede über die Gefahr von rechts, die man heute Frenssen unterschieben will? Es gibt seit Urzeiten das biologische Gesetz von der Erhaltung der Art, dem alle Lebewesen unterworfen sind! Und dazu gehören auch die Völker. Für den Menschen gehört dazu einmal die Verbundenheit mit der Heimat, das Zugehörigkeitsgefühl zu seinem Volk, der Wille, in seiner Art zu leben ... Gustav Frenssen ist nie ein führender Nationalsozialist gewesen, er hat, wie so viele Millionen, sich beeindruckt lassen von den idealistischen Worten und großen vaterländischen Gedanken. Das ist kein Grund, um ihn madig zu machen Es gibt wahrhaftig heute andere Dinge, die uns schlimm auf den Nägeln brennen ...“

Die Umbenennung von vier Frenssen-Straßen bzw. -Wegen 2014 in Dithmarschen macht die veränderte Situation offenbar, obwohl neben der sachlichen Diskussion und Information auch wieder rechtes Gedankengut und Verdrängungsargumente – es gebe viel Wichtigeres heute – in der Diskussion vorkamen und wieder parteipolitische Befindlichkeiten vorhanden waren.

Aber all das hatte nicht mehr so viel Gewicht wie vor 30 Jahren. Bernd Steincke vor allem ist es zu danken, dass jetzt erneut die Umbenennungskaktion angestoßen wurde. Im Rückblick auf sein Verhalten damals sagte er bei der öffentlichen Vorstellung des Schülerprojekts am 17. Dezember 2013 in Heide: „Aber ich habe damals in der Gesamtbeurteilung Fehler gemacht! Ich hatte mich inhaltlich nicht gründlich mit der Literatur von Gustav Frenssen beschäftigt. Meine damalige Aussage [...] war zu verallgemeinernd und insofern falsch. Um diesen Fehler zu korrigieren, habe ich über die Stiftung gegen Extremismus und Gewalt die Initiative zur erneuten Aufarbeitung mit einer Schulklasse und der heutigen Veranstaltung ergriffen.“

Die Umbenennungen 2014 zeigen, dass Frenssen sich ebenso wenig erledigt wie unsere Geschichte. Sie bleiben Thema. Und es kommt immer auf den Gesamtblick an. Das gilt für jedes Einzelthema und auch für Frenssen, seine Persönlichkeit und sein Werk. Nur unter dieser Voraussetzung kann ich mich dann auch den menschlichen Seiten seiner Persönlichkeit zuwenden und den Werken wie *Jörn Uhl* und *Otto Babendieck*, die große Literatur sind. In der Gesamtschau gehören das und die Straßenumbenennungen durchaus zusammen, machen Sinn. Das war schon der Ansatz von Arno Schmidt, als er 1963 seinen Essay *Ein unerledigter Fall. Zum 100. Geburtstag von Gustav Frenssen* veröffentlichte.

Die Umbenennungsdiskussionen haben auch einige neue Aspekte über die Vereinnahmung Frenssens für heutige politische und geistige Anschauungen hervorgebracht. Das betrifft zum einen die Verharmlosung dessen, was in der NS-Diktatur unter dem Begriff der Eugenik geschrieben und durchgeführt wurde, und damit einhergehend den Versuch, diesen Begriff in heutige Diskussionen wieder einzuführen (Leserbrief zur Brunsbütteler Umbenennungsdiskussion, abgedruckt in der *DLZ* am 16. April 2014). Die Diskussionen in Bad Oldesloe 1999 und Heide 2013/14 lassen erkennen, dass es im Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V. den Ansatz gibt, Frenssen zu vereinnahmen besonders hinsichtlich seiner Vorstellungen von einem artgemäßen Glauben, wie er sie vor allem in seiner Schrift *Der Glaube der Nordmark* 1936 veröffentlicht hatte.

Die Frenssen-Straßen-Umbenennungen sind ein eindeutiges Signal, dass solche und andere mit ihnen einhergehende Anschauungen keinen Platz in unserer Zeit und in unserer demokratischen und dem Humanen verpflichteten Gesellschaft haben. Die Frenssen-Straßen-Umbenennungen rufen dazu auf, sich mit Gustav Frenssen und mit unserer Geschichte weiter zu beschäftigen und auseinanderzusetzen.

## Literatur

Andreas Crystall, Gustav Frenssen. Sein Weg vom Kulturprotestantismus zum Nationalsozialismus. Gütersloh 2002 (= Religiöse Kulturen der Moderne, 10).

Kay Dohnke / Dietrich Stein (Hg.), Gustav Frenssen in seiner Zeit. Von der Massenkultur im Kaiserreich zur Massenkultur im NS-Staat. Heide 1997.

Volker Griese, Die drei Leben des Gustav F. Eine FRENSEN-CHRONIK. Münster 2011.

Arno Schmidt, Ein unerledigter Fall. Zum 100. Geburtstag von Gustav Frenssen. In: Die Ritter vom Geist. Von vergessenen Kollegen. Karlsruhe

1965, S. 90-165 (Reprint Frankfurt am Main 1988).

Dietrich Stein / Hans-Werner Kany (Red.), Gustav Frenssen heute – Nachdenkliches zu seinem 125. Geburtstag. Heide 1988.

Dietrich Stein, Gustav Frenssen in der Sackgasse. Zur Entwicklung von Ideologiebesessenheit und Extremismus im Werk des Pastors und Schriftstellers Gustav Frenssen. In Zeitschrift für Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte (Husum) Bd. 3 (angekündigt für Herbst 2015).

Lawrence D. Stokes, Der Eutiner Dichterkreis und der Nationalsozialismus 1936–1945. Neumünster 2001 (= Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, 111).

Jan Süselbeck, ‚Arse=tillery + Säcksualität‘. Arno Schmidts kritische Auseinandersetzung mit Gustav Frenssen. Bielefeld 2001.

Frank Trende (Red.), Gustav Frenssen: Lokaltermin – Spurensuche – Erinnerungen. Themenheft der Zeitschrift Dithmarschen. Heide 2006.

## Quellennachweise

Zu 4: *Dithmarscher Landeszeitung* (DLZ) 5. und 19.10., 18., 21. und 28. 11. 1983. – Gerhard Moss, Eine Chronik zur Umbenennung des Gustav-Frenssen-Weges in St. Peter-Ording 1995–1998. St. Peter-Ording o.J. (Zusammenstellung von Pressenotizen, Leserbriefen u.a.). – Bad Oldesloe: Niederschrift Planungsausschuss v. 22.4.1963; Stadtverordnetenversammlung v. 20.5.1963 und 5.7.1999. – *Lübecker Nachrichten* v. 20. und 22.2., 4.3. und 2.10. 1999. – *Stormarner Tageblatt* v. 5.2. und 18.10.1999. – Dietrich Stein, Bad Oldesloe und Gustav Frenssen. In: ISHZ 36 (1999), S. 102-104. – Umbenennung Frenssen-Straße Kiel-Pries: TOP 20 der Kieler Ratsversammlung vom 29.9.2011 (Protokollauszug).

Zu 5: **Heide:** Florian Dunklau, Internetblog: pro-mann-strasse-heide.blogspot.de – Matthias Duncker / Schülerinnen und Schüler der Klasse 13m des Gymnasiums Heide-Ost, Gustav-Frenssen-Straße – die Ehrung eines unehrenhaften Dichters?! Eine Erörterung. Heide 2014. – Sönke Zankel / Schülerinnen und Schüler des Ludwig-Meyn-Gymnasiums Uetersen, Video „Gustav Frenssen – Zwischen Literatur und Nationalsozialismus“, gesendet 26.11.2014: <http://uetersentv.de/kategorie/doku/> – Berichte in der *DLZ*: 20.12.2012, 5. und 21.11.2013, 19. und 21.12.2013, 11. und 14.1. 2014, 1., 5., 15. und 19.2.2014, 5.3.2014, 9.4.2014, 5.5.2014, 12.6.2014. – Leserbriefe in der *DLZ*: 6., 27. und 31.12.2013, 18.1.2014, 25.2.2014, 25.3.2014 (Rüge des Presserats wg. Leserbriefabdruck v. 27.12.2013).

**Brunsbüttel:** Berichte in der *DLZ*: 9. und 17.1.2014, 14., 28. und 29.3.2014 (Anzeige J. Binckebanck), 9. und 11.4.2014, 7. und 17.5.2014, 26.6.2014,

8. und 15.8. 2014. – Leserbriefe in der *DLZ*: 11. und 18.1.2014, 19.3.2014, 3.,5., 8., 16. und 17.4.2014.

**Marne:** Niederschrift 9. Sitzung der Stadtvertretung am 8.5.2014, zu TOP 13. – Niederschrift 5. Sitzung des Ausschusses für gesellschaftliche Angelegenheiten am 3.6.2014, zu TOP 12. – Niederschrift 10. Sitzung der Stadtvertretung am 12.6.2014, zu TOP 10. – Anschreiben des Amtes Marne-Nordsee vom 21.11.2014 an die Anwohner des Gustav-Frenssen-Wegs (enthält auch Information über die Familie Rosenthal). – Berichte in der *DLZ*: 26.3.2014, 10.5.2014, 3., 5. und 14.6.2014, 24.7.2014, 8. und 21.1.2015 (ausführliche Information über die Familie Rosenthal). – Leserbrief in der *DLZ* vom 12.6.2014.

**Meldorf:** Sitzungsprotokolle des Tourismus-, Wirtschafts- und Kulturausschusses vom 24.3.2014 zu TOP 3, vom 17.6.2014 zu TOP 4, vom 29.9.2014 zu TOP 12 und vom 20.11.2014 zu TOP 3. – Sitzungsprotokoll der Stadtvertretung vom 17.12.2014 zu TOP 10.

## **Dank**

Herzlich danke ich für Unterstützung, Informationen und informative Gespräche bei der Erstellung dieses Berichts Jens Binckebanck/Brunsbüttel, Dietrich Bleihöfer von der Stadtverwaltung Kiel, Dr. Matthias Duncker vom Gymnasium Heide-Ost, Christian Funck von der Stadt Brunsbüttel, Dr. Telse Lubitz von der Stadt Heide; Klaus Maaßen vom Amt Marne-Nordsee, Berndt Steincke von der Stiftung gegen Extremismus und Gewalt in Heide und Umgebung, Kay Wengoborski von der Stadt Meldorf, Marianne Wilke von der VVN/BdA, Sönke Zankel vom Ludwig-Meyn-Gymnasium Uetersen und dem AKENS, der auch diesen Bericht anregte.